



Martina Lück

**Chancen und Hindernisse von
Community Organizing
für Prozessbeteiligte in
Deutschland**

ForschungsBerichte
Fakultät Soziale Arbeit
Nr. 4
Juni 2011

Martina Lück

**Chancen und Hindernisse von Community
Organizing für Prozessbeteiligte in Deutschland
Eine exemplarische Untersuchung**

**Zugleich Abschlussarbeit des Bachelor im Wintersemester 2010/11
BetreuerIn: Prof. Dr. Stephan Beetz und Annegret Saal, MA**

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung.....	5
2 Community Organizing.....	6
2.1 Die OrganizerIn / Der Organizer.....	7
2.2 Empowerment und Partizipation.....	8
3 Community Organizing in Deutschland.....	10
Die Ursprünge von Community Organizing in den USA.....	10
Die Entwicklung von Community Organizing in Deutschland.....	12
Ein Ansatz aus den USA in Deutschland? oder Die Frage der Übertragbarkeit.....	13
Sozialarbeit versus Community Organizing.....	14
4 Community Organizing als Prozess.....	16
4.1 Phase – Zuhören.....	16
„Zuhören“ - Erfahrungen aus einem ausgewählten Projekt.....	17
„Zuhören“ - Anforderungen an die Prozessbeteiligten.....	19
4.2 Phase – Erforschen.....	19
„Erforschen“ - Erfahrungen aus dem ausgewählten Projekt.....	19
„Erforschen“ - Anforderungen an die Prozessbeteiligten.....	20
4.3 Phase – Aktion.....	20
„Aktion“ - Erfahrungen aus dem ausgewählten Projekt.....	21
„Aktion“ - Anforderungen an die Prozessbeteiligten.....	21
4.4 Chancen und Herausforderungen für die Prozessbeteiligten.....	22
5. Methodisches Vorgehen in der Untersuchung.....	23
6 Auswertung der Untersuchung.....	26
6.1 Interview 1.....	26
6.2 Interview 2.....	32
6.3 Interview 3.....	34
6.4 Interview 4.....	39
6.5 Fazit der Interviews.....	43
7 Abschliessende Würdigung des Themas.....	45
7 Literaturverzeichnis.....	47
7.1 Publikationen.....	47
7.2 Internetverzeichnis.....	47

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

CO	Community Organizing
COS	Charity Organization Society
FOCO	Forum für Community Organizing
GWA	Gemeinwesenarbeit

1 EINLEITUNG

Die folgende Arbeit gibt einen Einblick in das Thema Community Organizing¹, einem Ansatz der Bürgerbeteiligung aus den USA, welcher auch in Deutschland Anwendung findet. Ziel ist es, die/den LeserIn² an das Thema CO heranzuführen und unter genauer Betrachtung des CO-Prozesses, die Möglichkeiten aufzuzeigen, welche CO den Beteiligten bietet. Dabei ist es entscheidend, die Erfahrungen und Eindrücke der Beteiligten selbst, welche als Experten des CO gesehen werden, anhand von Interviews in diese Arbeit einfließen zu lassen. Somit werden die theoretischen Aspekte des Prozesses unter Zuhilfenahme der exemplarischen Erfahrungen geprüft.

¹ Im Folgenden mit CO abgekürzt.

² Im gesamten Dokument wird der Zusatz 'In' für die weibliche Form verwendet.

2 COMMUNITY ORGANIZING

Für Community Organizing, kurz CO, gibt es keine einheitliche Begriffsbestimmung. Es ist ein Ansatz, der in einem Prozess, durch „professionelle Aktivierungs- und Organisationsarbeit“³, Menschen befähigt, sich gemeinschaftlich auf Grundlage ihrer demokratischen Macht gegen die Übermacht von Staat und Wirtschaft, für eine positive Entwicklung ihrer Lebenswelt einzusetzen. Dabei setzt CO durch den Aufbau von Bürgerorganisationen auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der BürgerInnen, welche Benachteiligungen auf der Basis von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit entgegenwirken und die eigene Ohnmacht überwinden. Gleichzeitig ist CO politische Bildung und politisches Handeln, was zu einer dauerhaften Aktivierung der Menschen führen kann.⁴ Ausgangspunkt ist dabei die örtliche Community als Nachbarschaft, Stadtteil oder Quartier, wobei es vorrangig um „low- and moderate income communities“⁵ geht. Durch die Entwicklung von sozialen Beziehungen entstehen dauerhafte Bürgerorganisationen, deren Themen sich an dem jeweiligen örtlichen Zusammenhang und den grundsätzlichen Lebenslagen der BewohnerInnen orientieren, wobei durch die Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse eine Verbesserung der Lebenslagen erzielt wird.⁶ Der Begriff der „Power“ (Macht) hat dabei im CO eine zentrale Bedeutung. Saul Alinsky⁷ meint: „Der einzige Zweck einer Organisation ist Macht, denn Macht ist die körperliche, geistige und moralische Fähigkeit zu handeln.“⁸ CO möchte dabei den bestehenden Machtverhältnissen, welche Veränderungen behindern, eine Gegenmacht entgegenstellen. Dabei steht die Macht vieler BürgerInnen gegen die Macht des Geldes. „Power is not only what you have but what the enemy thinks you have. [...] Power has always derived from two main sources, money and people.“⁹ Alinsky's Taktik ist die Konfrontation der Gegenseite mit der Forderung „des Maximalen“¹⁰. Dabei verfolgt er das Ziel des Kompromisses, da er der Ansicht ist, dass man mit jedem erzielten Kompromiss der Erfüllung der Forderung näher kommt.

Es werden verschiedene Ansätze des CO beschrieben, wobei diese hier nur kurz zur Vollständigkeit angeführt werden. Die Systematisierung der Ansätze erfolgt nach drei unterschiedlichen Schwerpunkten. Das „Independent organizing“, welches Thema dieser Bachelorarbeit ist, basiert auf dem Einfluss, welchen viele unabhängige und selbstbewusste Menschen erreichen, wenn sie sich verbünden. Dabei spielen die einzelnen Beteiligten und die Erfahrung der eige-

³ www.fo-co.info/Selbstdarstellung.htm

⁴ www.fo-co.info/Selbstdarstellung.htm

⁵ www.rothschuh.de/c_o.html; „Politische Beteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement und politisches Interesse sind ungleich verteilt. Ohnehin benachteiligte Menschen, wie beispielsweise arbeitslos sind und unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, partizipieren weniger und haben somit geringere Chancen, ihre Interessen zu vertreten. Dies ist seit langem bekannt.“ (Böhnke 2011, S. 25)

⁶ www.rothschuh.de/c_o.html

⁷ Saul Alinsky (1909-1972): US-amerikanischer Bürgerrechtler, welcher einen basisnahen und staatskritischen CO-Ansatz vertritt. 1939 sammelte er die ersten Erfahrungen als Organizer. 1939 gründete er die Industrial Areas Foundation, eine Organisation die CO in Chicago betreibt. Vgl. Bauer, Rudolf / Szyuka, Peter (2004), S. 33-45

⁸ www.buergergesellschaft.de

⁹ Alinsky, Saul D. (1971), S. 127

¹⁰ Idealistische Forderungen, an deren tatsächliche Umsetzung niemand glaubt.

nen „Power“ eine große Rolle. Über lokale Grenzen hinaus agiert das „membership based organizing“, in welchem die BürgerInnen Mitglieder einer Organisation sind und überregionale Themen fokussiert werden. Beim „broad based organizing“ spielt die Wiederbelebung und Stärkung bestehender Strukturen die entscheidende Rolle. Vor allem Kirchengemeinden und gewerkschaftliche Organisationen wachsen dadurch inhaltlich zusammen und orientieren sich stärker an ihren Mitgliedern.¹¹ Da Community Organizing den Abbau von Sozialleistungen nicht verhindern kann, was am Beispiel der Entwicklung in den USA deutlich wurde, werden Aktivitäten und daraus erwachsende Folgen unter dem Banner von CO mit den unterschiedlichsten Zielen wie gesellschaftliche Unruhen, ethnische Zusammenschlüsse oder überregionale Vernetzung verbunden. Gleichzeitig hat die voranschreitende Verschlechterung der Lebensbedingungen zu einer CO Praxis geführt, in welcher die verschiedenen Ansätze vermischt werden und die eine Kategorisierung nach den bestehenden Rastern nicht zulässt.¹² Trotz der unterschiedlichen Ansätze und der Vermischung in der Praxis gibt es entscheidende Gemeinsamkeiten, die den Grundgedanken von CO ausmachen. Die Idee ist, gemeinsam etwas zu erreichen und die eigene Stärke zu erleben. Es geht um den Kontakt und um die Verständigung über die eigenen und fremden Wünsche, Visionen und Probleme. Durch die Arbeit werden politische Strukturen deutlicher, wobei man von politischer Bildung durch CO sprechen kann. Durch die permanente Rückkopplung zu den Interessen und Bedürfnissen der BürgerInnen formt sich die Organisation von Innen heraus, so dass sich die Organisation an die Bedürfnisse anpasst und nicht umgekehrt.

2.1 DIE ORGANIZERIN / DER ORGANIZER

Einem Community Organization Projekt steht ein/e erfahrener/e OrganizerIn zur Seite, welche/r die Freiwilligen durch den Projektprozess beratend begleitet und unterstützt und die Werte der Demokratie und Toleranz wahrt. Dabei werden Trainings für die TeilnehmerInnen angeboten, um sie auf die Herausforderungen im Prozess vorzubereiten und ihre Fähigkeiten zu stärken. Ziel sollte es für eine/n OrganizerIn sein, den Menschen soweit zu assistieren, dass diese langfristig selbstständig in der Lage sind, Nachbarschaftsthemen herauszufiltern und gemeinsam zu bearbeiten. Dafür vermittelt ein/e Community OrganizerIn beim Aufbau von Beziehungen („Netzwerke“) zwischen Personen, informellen und formellen Gruppen in der Nachbarschaft, indem er/sie und die Projektbeteiligten in „Vier-Augen-Gesprächen“ oder Gruppengesprächen das Projekt vorstellen. Diese Beziehungen sind nicht nur für spätere Aktionen wichtig, sondern dienen auch der besseren Kommunikation unter den BewohnerInnen des Stadtteiles. Gleichzeitig gibt der/die OrganizerIn Tipps für die Beschaffung der nötigen finanziellen Mittel im Projekt und bringt seine Erfahrung bei der Koordinierung des Zeitmanagement im Projekt mit ein. Alle seine/ihre Tätigkeiten werden durch die Beteiligten basisdemokratisch gelenkt, sind dabei für das Projekt und dessen TeilnehmerInnen transparent und werden im

¹¹ Nodes, Wilfried / Behrendt, Thomas (o.J.), S.11

¹² ebd., S.12

Laufe der Zeit vollständig von den Projektbeteiligten selbstständig getragen. Die Erfüllung dieser Aufgaben stellt spezielle Anforderungen an die Person des Organizers. Grundvoraussetzungen sind neben der Neugierde und Kontaktfreudigkeit gegenüber Anderen, natürlich die Fähigkeit gut zuhören zu können, ein hohes Maß an Organisationstalent, die Befähigung öffentlich zu reden und flexibel zu arbeiten. Unabdingbar ist professionelles Arbeiten, was auch impliziert, im Hintergrund zu agieren, um anderen die Möglichkeit zu geben, ihre Kompetenzen auszuprobieren und zu entwickeln. Gleichzeitig bedeutet Professionalität, die Kenntnis von Macht und den Umgang mit dieser und eine eigene Vorstellung von Gerechtigkeit und Gesellschaft ausgebildet zu haben.¹³ Der Frage, inwieweit die Menschen in einem CO-Projekt ohne eine/n erfahrene/n OrganizerIn den CO-Prozess nach den Prinzipien des CO erfolgreich durchlaufen können, kann im Rahmen dieser Arbeit aufgrund des Umfangs, nicht nachgegangen werden.

2.2 EMPOWERMENT UND PARTIZIPATION

Das sich in den USA im Rahmen von Bürgerinitiativen, unabhängig von Social Work entwickelnde CO, gilt als Ursprung des Empowerments¹⁴. Dabei zählt CO als „bottom up“ Ansatz, wobei sich Menschen aus ihren eigenen Fähigkeiten heraus, mit dem Ziel eigene Interessen umzusetzen, aus der Abhängigkeit befreien. Demgegenüber steht der „top down“ Ansatz des Empowerments, welcher häufig in der Sozialen Arbeit Anwendung findet, wobei dem Handeln der Menschen ein/e Professionelle/r vorsteht, welcher die Entscheidungen im Sinne der und für die Menschen trifft. Die/der Professionelle schafft Angebote der Beteiligung, ohne eine direkte Rückkopplung zu den Menschen, sondern meist im Sinne der Auftraggeber (Wohlfahrtsverband; Wohnungsunternehmen etc.). Der Organizer, welche/r durch ihre/seine Erfahrungen mit CO eine professionelle Person darstellt, agiert nach dem „bottom up“ Ansatz und trifft während eines CO-Prozesses keinerlei selbstständige Entscheidungen. Der Organizer dient dem Projekt und unterstützt vor allem in der Anfangsphase bei organisatorischen Belangen. Der Empowerment-Prozess verläuft auf vier Ebenen:

1. Auf der „Individuellen Ebene“ erfolgt eine Stärkung der Person, aufgrund des Durchsetzens der eigenen Interessen, der Stärkung der eigenen Fähigkeiten und dem Austausch mit Anderen.
2. Die gelebte Solidarität, aufgrund des gemeinsamen Engagements, stellt dabei die „Gruppenebene“ des Empowerment-Prozesses dar.
3. Eine weitere Ebene ist die „Institutionelle Ebene“, welche das Erkennen der bestehenden Machtstrukturen und der nachfolgenden offensiven Auseinandersetzung fokussiert.

¹³ Cromwell, Paul (2009)

¹⁴ Der Begriff Empowerment wird mit „Selbstbefähigung“ oder „Stärkung der Eigenmacht und Autonomie“ übersetzt. Nähere Begriffserklärung siehe Herringer (2010), S. 13-20.

4. Die „Gemeindeebene“, als vierte Ebene des Empowerment-Prozesses, setzt sich mit der Arbeit zum Wohle eines Stadtteiles durch kollektive Ressourcen, durch Politik der Selbstvertretung, auseinander.¹⁵

Alle Ebenen lassen sich im CO Prozess wahrnehmen, werden aber in diesem nicht als Empowerment bezeichnet. Von einem Empowerment-Ansatz als Arbeitsgrundlage auszugehen, setzt nämlich die Zuschreibung voraus, dass diese Menschen in dem Status „sense of powerlessness“ sind. Diesen Arbeitsansatz vertritt CO nicht. Im CO verbinden sich BürgerInnen, um ihr Recht auf Partizipation durchzusetzen. Partizipation wird dabei nicht als mitwirken verstanden, sondern als alleinige Entscheidungskompetenz der BürgerInnen. Das Modell von Sherry Arnstein (siehe Abbildung) macht diese Partizipationsebene des „Citizen Power“ deutlich. Nach Norbert Herriger ist „Empowerment [...] in den letzten Jahren zu einem „Mode-Konzept“ innerhalb der politischen, wissenschaftlichen und praktischen Diskurse geworden“.¹⁶ Dies macht er an den unzähligen Veröffentlichungen zum Thema in den verschiedensten Medien fest, welche eine Systematisierung des Empowerment-Ansatzes erschweren.¹⁷ Unabhängig davon sind „Teilhabe und Verwirklichung des Selbst [], [aber] von je her, universelle Würdebehauptungen des Menschen“.¹⁸

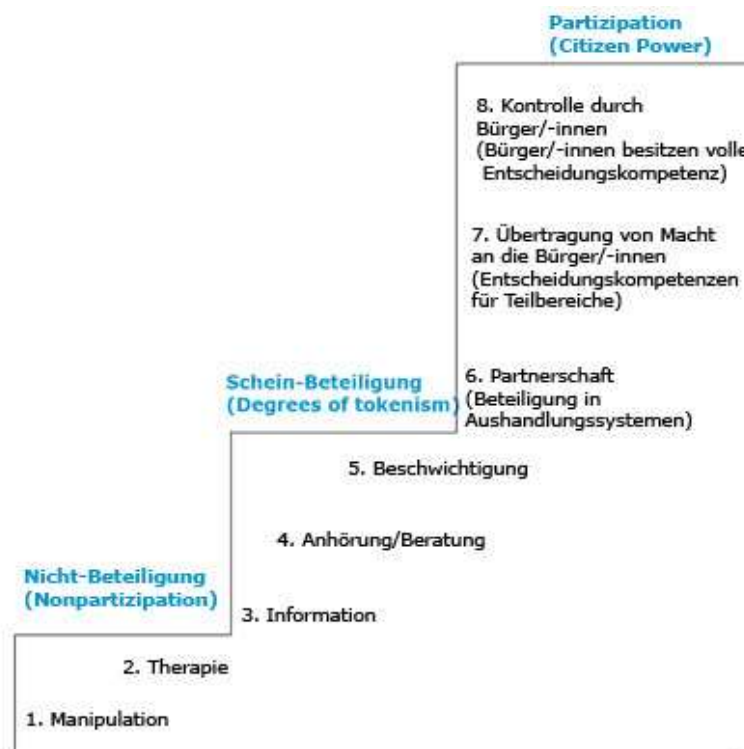


Abbildung: Stufenmodell der Partizipation nach Sherry Arnstein 1969¹⁹

¹⁵ JGF e.V. (2010)

¹⁶ Herriger, Norbert (2010), S. 240

¹⁷ ebd., S. 240

¹⁸ Blank S.44

¹⁹ <http://blk-demokratie.de/uploads/pics/achtstufen.jpg>

DIE URSPRÜNGE VON COMMUNITY ORGANIZING IN DEN USA

Die Industrialisierung und ihre Folgen wie zum Beispiel Urbanisierung, Massenverarmung und die Entstehung von Slums in den Vereinigten Staaten während der Jahre 1861 bis 1865 sowie die Inaktivität des Staates, diesen Nachwehen der industriellen Entwicklung nicht zu begegnen, waren Voraussetzungen für die Entstehung sowohl von Sozialarbeit als auch Community Organizing. Um die Versorgung der verarmten Bevölkerung bemühten sich Freiwillige, vorrangig Frauen aus höheren Einkommenschichten. Diese gründeten private Wohlfahrtsvereine, welche sich um die im Stadtteil lebenden Menschen kümmerten. Mit dem Ziel, die Armut langfristig zu bekämpfen, formte sich 1877 die erste amerikanische „Charity Organization Society“ (COS), welche die Arbeit der verschiedenen Wohlfahrtsvereine koordinierte und somit die Versorgung der Einzelnen verbessert. COS professionalisierten die Armenfürsorge und legte damit den Grundstein für das „Social Case Work“ und CO. Durch ihre Arbeit wurde deutlich, dass es für die Entwicklung notwendig ist, auf der Ebene des Stadtteiles zu agieren und sich eine Arbeitsbasis, durch gründliche Stadtteilerhebungen, zu schaffen. Ab 1886 entwickelten sich die „Settlement-Bewegungen“, deren Fokus auf der gesamten „Community“²⁰ lag und welche mittels ihrer Arbeit die Professionalisierung der Sozialarbeit voranbrachten.²¹

PraktikerInnen der COS und Settlements beschrieben 1875, im Rahmen der jährlich tagenden „Conference of Charities“, die ersten Ideen zu CO, wobei der Begriff des „Community Organization“ das erste Mal 1912 von Roger N. Baldwin²² verwendet wurde und sich von diesem Zeitpunkt an aus verschiedenen Debatten entwickelte. Aus den von Baldwin geforderten stadtteilbezogenen Sozialprogrammen formte sich – nicht zuletzt durch das Bewusstwerden von gesellschaftlichen Zusammenhängen – die durch Joseph K. Hart²³ in seiner Veröffentlichung formulierte Bedeutung von CO für die Demokratisierung der amerikanischen Gesellschaft: „Democracy is to be achieved not in the freedom of unorganization but in the working out of new and more completely democratic types of community organization.“²⁴ Mit der Fragestellung der Demokratisierung beschäftigte sich auch Eduard C. Lindeman²⁵. Er beschrieb 1921 CO in diesem Zusammenhang wie folgt: „an attempt on the part of the people who live in

²⁰ Gemeinschaften, die funktional oder geographisch begrenzt sind, Stadtteile bzw. Organisationen

²¹ Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 22 ff

²² Roger, Baldwin Nash (1884-1981) Amerikanischer Sozialarbeiter, CO-Aktivist, dessen Arbeitsfokus auf den Bürgerrechten lag. Er war Mitbegründer der „American Civil Liberties Union“, die sich für die verfassungsmäßigen Freiheiten einsetzte. Sie traten u.a. für freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit, Das Recht auf eine faire Verhandlung, das Recht auf Versammlungsfreiheit und die Gleichberechtigung der Rassen ein. (vgl. http://www.harvardsquarelibrary.org/unitarians/baldwin_r.html)

²³ Hart, Joseph Kinmont (1876-1949) veröffentlichte 1920 das Buch „Community Organization“ (vgl. <http://www.archive.org/details/communityorganiz00hartiala>)

²⁴ Hart 1920 zit. n. Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 27

²⁵ Lindeman, Eduard Christian (1885-1953): Amerikanischer CO Aktivist, Philosoph, Lehrer und Mitbegründer der „American Civil Liberties Union“. (vgl. <http://www.naswfoundation.org/pioneers/l/lindeman.html>)

a small, compact local group to assume their own responsibilities and to guide their own destinies".²⁶ Sowohl Hart als auch Lindeman waren der Ansicht, dass es für die Entwicklung einer tatsächlichen Demokratie wichtig ist, dass Gemeinschaften sich organisieren und den Mut finden, sich ihren Herausforderungen zu stellen und diese gemeinsam zu bewältigen. Diese Forderung nach Demokratie vertrat auch Jesse F. Steiner²⁷, wobei er den Begriff der „citizen participation“ in die Diskussion einbringt und als Ziel von CO definiert. Hart, Lindeman und Jesse sehen durch die Wiederherstellung von Homogenität und Funktionalität in einer Gemeinschaft die Abmilderung der bestehenden, durch die Industrialisierung hervorgerufenen Probleme, wobei diese Probleme ihrer Meinung nach durch CO und den Ausbau der sozialen Fürsorgeleistungen sowie der Stärkung der sozialen Beziehungen zwischen Institutionen und Individuen einer Gemeinschaft befördert werden kann.²⁸

Ein Vorschub für diese Forderungen war der 1935 verabschiedete „Social Security Act“²⁹, mit dem der Staat den drastischen Folgen der Weltwirtschaftskrise etwas entgegenwirkte. Diese Intervention ließ die amerikanische Bevölkerung zu, gleichzeitig wurde damit eine Teilverantwortung des Staates anerkannt. Auf der Ebene der Social Work wurde die inhaltliche Diskussion zum Thema CO durch den Lane Report angestoßen. Dieser beinhaltete die Ergebnisse von verschiedenen Debatten und erarbeitete die übereinstimmenden Kernaussagen sowie die unterschiedlichen Arbeitsweisen der PraktikerInnen, wobei CO als professionelle Organisation gesehen wurde und die Gedanken der Demokratisierung und Bürgerbeteiligung weitestgehend außen vor blieben. Zugleich wurde CO als eigenständige Methode anerkannt.³⁰ „Community Organization is a process and a field of social work which we are inclined to regard as comparable with case work and group work; administration is a function of all social agencies, whether they are concerned primarily with case work, group work or community organization“.³¹

Der Zweite Weltkrieg und der daraus gewachsene Wohlstand bestätigte das US-System und ließ einen Ruf nach Reformen kaum zu. In den Slums entwickelten sich Bewegungen³² unabhängig von Social Work. Einen erheblichen Einfluss hatten die Aktionen der Civil-Rights-Bewegungen und Gewerkschaften, wobei hier Saul Alinsky als eine außergewöhnliche Persönlichkeit benannt werden muss. Alinsky war ein Verfechter der partizipativen Demokratie und definierte seinen Ansatz nicht als Social Work, welcher er kritisch gegenüberstand, da Social Work die Menschen seiner Meinung nach bevormundet. Mit dem Aufbau von Bürgerorganisationen führte er einen Kampf um die Selbstbestimmtheit des /der Einzelnen auf der Grundlage der Umverteilung von Macht. Folglich entwickelte sich ein Ansatz außerhalb von Social Work. CO nahm in die eigene theoretische Diskussion einige Gedanken der verschiedenen Bewegun-

²⁶ Lindeman 1921, S. 58, zit. n. Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 27

²⁷ Jesse F. Steiner schrieb 1925: Community Organization – A Study of its Theory and Current Practice, New York, vgl. Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 101

²⁸ Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 26ff

²⁹ Sozialversicherungssystem: Alters- und Arbeitslosenversicherung beruhend auf Beiträgen der ArbeitnehmerInnen (<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16318.php>)

³⁰ Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 29f

³¹ Lane, R. 1939 S. 504, Zitat nach Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 31

³² Unter den Schlagwörtern „Graswurzeldemokratie“ und „soziale Gerechtigkeit“

gen auf und integrierte diese in die Ausbildung. Mit dem Buch „Community Organization – Theory and Principles“ liefert Murray G. Ross eine entscheidende Grundlage zur Professionalisierung des Ansatzes des CO und definiert sie als einen: „Prozess, in dessen Verlauf ein Gemeinwesen seine Bedürfnisse und Ziele feststellt, sie ordnet oder in eine Rangfolge bringt, Vertrauen und den Willen entwickelt, etwas dafür zu tun, innere und äußere Quellen mobilisiert, um die Bedürfnisse zu befriedigen, dass es also in dieser Richtung aktiv wird und dadurch die Haltung von Kooperation und Zusammenarbeit und ihr tätiges Praktizieren fördert.“³³ Ross steigt damit wieder in die Debatte der Demokratisierung durch CO ein. Zu einer erheblichen Veränderung der gesellschaftlichen Stimmung in den USA kam es in den 60ern unter anderem mit der Friedensbewegung, der Studentenbewegung und dem „War of Poverty“. Um die gesellschaftlichen Missstände zu bekämpfen, unterstützte der US-Staat massiv das bürgerliche Engagement und somit auch CO. Mit dem Programm VISTA³⁴ wurden beispielsweise Arbeitskräfte für die bürgerlichen Initiativen zur Verfügung gestellt oder bezahlt. Im Laufe der folgenden Jahre werden mehrere wissenschaftliche Abhandlungen zum Thema verfasst, was zur endgültigen Verfestigung von CO als dritte Methode von Social Work in den USA führt und den Aufgabenbereich darin definiert durch die Wiederherstellung eines funktionierenden Gemeinwesens eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu erwirken, was wiederum Auswirkungen auf das Wohl der einzelnen BürgerInnen hat.³⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass CO aufgrund der fehlenden staatlichen sozialen Sicherung der Bevölkerung durch freiwilliges ehrenamtliches Engagement entstanden ist und sich im Laufe der Jahre professionalisierte. Dabei sind zwei Stränge des CO entstanden, einerseits innerhalb des Social Work als dritte etablierte Methode und andererseits unabhängig von Social Work im Rahmen von Bürgerinitiativen.

DIE ENTWICKLUNG VON COMMUNITY ORGANIZING IN DEUTSCHLAND

Die Entwicklung der Case Work und Group Work Methoden in den USA hatten auf die Entwicklung der Sozialen Arbeit in Deutschland, welche durch den Zweiten Weltkrieg gestoppt wurde, einen großen Einfluss. In den Nachkriegsjahren, einer Zeit der Orientierungslosigkeit, überzeugten Austauschprogramme und Hospitationen die SozialarbeiterInnen und PädagogInnen, die in den USA angewandten Methoden nach Deutschland zu übernehmen. Ziel war es, nach dem Lebensverständnis der westlichen Länder, Demokratie und Pluralismus in das Leben und in die Köpfe der faschistisch geprägten Menschen zu integrieren. Die Rezeption der Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit beschäftigte in den darauffolgenden Jahren die ExpertInnen, so dass CO in Deutschland keine praktische Rolle spielte. Lediglich Übersetzungstexte ohne Bezug zur bundesdeutschen Situation standen der Fachwelt zur Verfügung. Als dritte Methode der Sozialarbeit wurde CO im Rahmen der Gemeinwesenarbeit (GWA), unter diesem Begriff seit 1962 bekannt, aus den USA in Deutschland übernommen. Eine eigenständige Theoriediskussion, in Deutschland, fand zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht statt.³⁶ „GWA [galt] als vorbe-

³³ Ross (1968), S.58

³⁴ Volunteers in service to America.

³⁵ Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 29 ff

³⁶ Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 40

gende Wohlfahrtsplanung unter Beteiligung der Betroffenen und als integrative Kraft im Gemeinwesen“.³⁷ Ende der 60iger Jahre begann aufgrund der ansteigenden sozialen Probleme als Folge der wirtschaftlichen Depression der theoretische Diskurs der GWA im Rahmen der Sozialarbeit in Deutschland. Angrenzend wurden die Methodenansätze des CO rezipiert. Mit der GWA/CO wurde die Hoffnung verbunden, die bestehenden sozialen Probleme zu bewältigen, wobei die Ansätze des CO außerhalb der Profession der Sozialen Arbeit keinen Zugang in die Debatte fanden.³⁸ C.W. Müller sieht die Professionalisierungsbestrebungen der Sozialarbeit sowohl in den USA als auch in der BRD als einen entscheidenden Faktor für die verengte Rezeption an.³⁹ Im Gegensatz zu den USA ist die Gemeinwesenarbeit bis heute eng mit der Sozialarbeit verflochten und konnte bzw. kann so keine eigenständige Profession entwickeln.

EIN ANSATZ AUS DEN USA IN DEUTSCHLAND? ODER DIE FRAGE DER ÜBERTRAGBARKEIT

Bei dem Thema Community Organizing in Deutschland kommt es immer wieder zu der gegenüberstellenden Diskussion zwischen Gemeinwesenarbeit (GWA) in Deutschland und CO in den USA und zu der Frage der Übertragbarkeit.⁴⁰

Im Gegensatz zu anderen Ansätzen der Sozialen Arbeit sind die beiden Arbeitsfelder der GWA und des CO stark gesellschaftsbezogen, wobei es unabdingbar ist, sich kurz mit den bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu beschäftigen, um diese Debatte zu beleuchten. Beide Länder basieren auf den Prinzipien der westlichen Demokratie, welche unterschiedliche Ausprägungen erleben. In den Vereinigten Staaten fungiert eine „präsidentielle Demokratie“ in welcher „Volkssouveränität und Pluralismus“ die Grundsätze der Freiheit und der sich entwickelnden Gesellschaft sind. Die in der BRD vorherrschende „repräsentative Demokratie“ begrenzt diese ebenfalls existierenden Prinzipien durch eine starke Gewichtung auf die politischen Parteien in diesem System. „Die Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen [sind in der BRD] weitgehend auf Wahlen und Einflussnahme über die Parteien beschränkt [...] und darüber hinaus [besteht] kaum Raum für außerparteiliche politische Aktionen oder Organisationen [...], der politische Entscheidungsprozess in den USA [wird] - zumindest auf kommunaler Ebene - wesentlich stärker durch plebiszitäre BürgerInnenbeteiligung und direktere Möglichkeiten zur Einflussnahme der einzelnen BürgerInnen bestimmt.“⁴¹ Ein weiterer Unterschied in den Rahmenbedingungen ist die Ökonomie: Die USA wird durch die `freie Marktwirtschaft` und die BRD wird durch die `soziale Marktwirtschaft` getragen, wobei sich diese beiden Modelle in der Eingriffsmacht des Staates unterscheiden. In einer freien Marktwirtschaft hält sich der Staat weitestgehend aus dem Marktgeschehen heraus, wobei der Staat bei einer sozialen Marktwirtschaft regulierend in das System eingreift. Trotz eingeschränkter Möglichkeiten der Regulierung ist in der Bundesrepublik das Sozialstaatsprinzip verankert, welches soziale Sicherungssysteme wie Vorsorge- und Fürsorgeansprüche für die BürgerInnen beinhaltet. Im Ver-

³⁷ ebd. S. 42

³⁸ ebd. S. 43

³⁹ Müller 1971 S. 228-240, zit. n. Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 43

⁴⁰ FOCO (o.J.), S.11

⁴¹ Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 12

gleich zur BRD ist „das US-amerikanische öffentliche Wohlfahrtssystem [...] äußerst lückenhaft und unzulänglich, was sich allgemein an minimal gesetzlich geregelten Rechtsansprüchen Hilfebefürftiger, an geringen Leistungen der einzelnen Programme und an einem stark eingegrenzten Personenkreis unterstützungsberechtigter BürgerInnen festmacht“.⁴² Im Gegenzug dazu ist der Sektor der privaten Wohlfahrtspflege in den USA weitreichend entwickelt – geprägt durch begüterte Stiftungen, gemeinnützige Organisationen und ehrenamtliches Engagement. Demgegenüber stehen sechs große Wohlfahrtsverbände in Deutschland, welche durch die finanzielle Abhängigkeit zum Staat nur eingeschränkt selbstständig sind. Sie behindern teilweise die Entwicklung privater Initiativen durch ihre Dominanz und starren Gefüge. Ein für die Rahmenbedingungen noch wesentlicher Aspekt sind die sozialen Problemlagen. In den USA wie auch in Deutschland zählen Armut, Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit zu den Kernproblemen der Bevölkerung.⁴³

Es lässt sich zusammenfassend sagen, dass sich die politischen, ökonomischen und sozialen Systeme sowie das System der Wohlfahrtspflege unterschiedlich entwickelt haben. Womit man annehmen könnte, dass eine Übertragung der Methode auf Deutschland nicht möglich ist, da die Voraussetzungen zu verschieden sind. Dennoch erscheint mir eine Übertragung der Methode unter Berücksichtigung der bestehenden Rahmenbedingungen aufgrund der sich immer stärker verändernden wirtschaftlichen und sozialen Lage notwendig und auch möglich. CO ist eine Methode, die sich an den Menschen orientiert, wobei die Rahmenbedingungen zwar eine wesentliche, aber sekundäre Rolle spielen. Diese sind erst in der Phase der Umsetzung zu beachten. Sicherlich sind andere Strategien in einer repräsentativen als in einer präsidentiellen Demokratie notwendig. Doch die voranschreitende Ausdünnung des sozialen Sicherungssystems der Bundesrepublik, welches kaum die Grundbedürfnisse der Menschen deckt, sowie die bevölkerungsfernen Entscheidungen, welche Politiker treffen, erfordern kompetente BürgerInnen, die fähig sind, sich für ihre Interessen einzusetzen, sich zu solidarisieren und demokratische Prozesse und Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen und aktiv einzufordern. Die Partizipation ist der Kerngedanke einer Demokratie und diese Aufforderung wird durch den zurzeit bestehenden Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung in der BRD lauter.

SOZIALARBEIT VERSUS COMMUNITY ORGANIZING

In der FOCO-Publikation „Foward to the roots...“ skizzieren Thomas Behrendt und Wilfried Nodes den Unterschied zwischen Sozialer Arbeit und CO mit Hilfe einer Skala und zeigen daran den Umgang mit der staatlichen Macht auf. Sie sind der Ansicht „Der eine Pol akzeptiert die Machtverhältnisse, der andere Pol ändert Machtverhältnisse“⁴⁴. Der akzeptierende Pol ist die Sozialarbeit, der machtverändernde Pol CO. Wie in der Arbeit dargestellt, schafft CO Macht. Die Tatsache, dass Sozialarbeit den Sozialstaat bedient und sich dem nicht entgegenstellt, ist der Arbeitsauftrag und die damit verbundene Finanzierung. SozialarbeiterInnen sorgen für Anpassung und Einordnung ihrer KlientInnen ins System und schützen dieses damit. Die Wut und

⁴² Mohrlök, Monika u.a. (1993), S. 14

⁴³ ebd. S. 11 ff

⁴⁴ Nodes, Wilfried / Behrendt, Thomas (o.J.), S.17

den Ärger, die Menschen über ihrer Situation empfinden, dämpfen sie, indem sie Beziehungen mit diesen Menschen eingehen und ihnen einen Anschein von Möglichkeiten sowie das Soziale in einem schwächelnden Sozialstaat aufzeigen. Der Schein von einem funktionierenden Sozialstaat wird aufrechterhalten, womit die Aktivität des Einzelnen gebremst wird.

In den Mittelpunkt der Sozialen Arbeit ist die Soziale Arbeit gerutscht und nicht der Mensch, mit welchem gearbeitet wird. Die Professionsdebatte in der Sozialen Arbeit ist eine Existenzdebatte der Professionellen, welche sich im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kontext etablieren wollen. Es geht nicht darum Macht und Anerkennung zu bekommen, um Veränderungen im Sinne der BürgerInnen zu erzielen, sondern um die Legitimation von außen, professionell zu sein. Soziale Arbeit profiliert sich, passt sich an und genießt immer mehr Ansehen. Dabei verliert sich ihre damalige für die „Mächtigen“ unbequeme Art. Abzulesen ist dies an den fehlenden massiven Aufschreien der SozialarbeiterInnen in Bezug auf gravierende Veränderungen in der Sozialpolitik, wie beispielsweise die sogenannten „Harz IV-Gesetze“. Proteste sind nur partiell und mit vergleichsweise geringer Beteiligung. Hier stellt sich die Frage der Verantwortung und der eigenen Definition der Profession Sozialer Arbeit und den damit verbundenen Arbeitsauftrag.

4 COMMUNITY ORGANIZING ALS PROZESS

Das Verfahren des Community Organizing lässt sich als ein Prozess beschreiben, welcher zu einer dauerhaften Veränderung führt. Es geht dabei nicht nur um die Verwirklichung bestimmter Ziele, sondern auch um die Erfahrung im Prozess selbst, sodass eine dauerhafte Partizipation in gesellschaftlichen Kontexten erreicht werden kann. Damit sind bestimmte Anforderungen an die Beteiligten, sowie Chancen und Probleme verbunden. Am Anfang eines jeden Prozesses stehen Menschen, die sich zusammen gefunden haben, um Veränderungen bzw. Verbesserungen zu erzielen und diese mit Hilfe des Ansatzes des CO erreichen wollen.

Community Organizing verfährt in einer gewissen Logik, welche nachfolgend in einem Drei-Stufen-Prozess⁴⁵, nach US-Organizer Paul Cromwell, dargestellt wird.

- **Zuhören** von Belangen und Vorstellungen von Menschen, die ihre Nachbarschaft betreffen
- **Erforschung** von möglichen Lösungen zu den Nachbarschaftsthemen
- **Aktion:** Treffen mit öffentlichen Personen (Politikern, Sachbearbeitern) zur aktiven Lösung der Nachbarschaftsthemen⁴⁶

Die Phasen laufen in der Regel nacheinander ab, wobei der Zeitumfang einer jeden Phase flexibel ist und den Herausforderungen des jeweiligen Projektes unterliegt. Die einzelnen Schritte werden nachstehenden genauer betrachtet, wobei die Herausforderungen an die Prozessbeteiligten sichtbar werden. Bei der Beschreibung der Umsetzung und der Darstellungen der Einflüsse und Auswirkungen des Prozesses auf die Beteiligten, werden die Erfahrungen eines ausgewählten Community Organizing Projektes als Praxisbeispiel zur Verdeutlichung eingebunden.

4.1 PHASE – ZUHÖREN

Ziel der „Zuhörphase“ ist es, die Belange, Wünsche und Visionen der Menschen in einem „Vier-Augen-Gespräch“ zu erfahren, welche in der Nachbarschaft⁴⁷ leben und/oder arbeiten. Hierzu ist es wichtig, Mitglieder des Projektes zu finden, welche sich befähigt sehen, mit Menschen Beziehungen einzugehen. Mit den ausgewählten TeilnehmerInnen des CO Projektes wird unter Leitung eines/r Organizers/in ein Training für den „Zuhörbesuch“ und das „Vier-Augen-Gespräch“ durchgeführt. Dabei erfahren und üben die Beteiligten, was bei den Besuchen in der

⁴⁵ ebd.

⁴⁶ Cromwell, Paul (2009)

⁴⁷ Regional begrenzter vordefinierter Raum.

Nachbarschaft zu beachten ist, wie sie die Menschen ansprechen und motivieren können. Wichtig sind bei diesem Treffen auch die Planung der Besuche und die Erstellung einer ersten Zeitschiene, die bis zum abschließenden Auswertungstreffen der „Zuhörphase“ reicht. Bei jedem „Vier-Augen-Gespräch“ ist ein Gesprächsprotokoll anzufertigen, um die benannten Themen später beim Auswertungstreffen vorzustellen. Zu einem vereinbarten Zeitpunkt, an welchem alle Mitglieder mindestens einen Besuch absolviert haben, findet ein zweites Treffen des „Zuhörteams“ statt. Bei diesem Zusammentreffen erfolgt ein Austausch über die Erfahrungen und die eventuell aufgetretenen Schwierigkeiten. Von den Ergebnissen dieses Treffens hängt ab, ob die zuvor erstellte Zeitskala einhaltbar bleibt oder neu zu formatieren ist. Am Ende des geplanten Besuchszeitraumes findet das wichtige Auswertungstreffen der „Zuhörphase“ statt. Die Mitglieder des Zuhörteams präsentieren die gesammelten Aussagen ihrer Gesprächsprotokolle und werten die Durchführung des Prozesses aus. Neben der Auswertung der Antworten ist ein großes Ziel dieses Treffens eine erste Bürgerversammlung vorzubereiten, bei der die Antworten allen Befragten und Interessierten präsentiert und zur Abstimmung vorgestellt werden. Der letzte Baustein der „Zuhörphase“ ist die Bürgerversammlung selbst, in welcher auf Grundlage der gesammelten Aussagen der Befragten Arbeitsgruppen gebildet werden, die in die Phase des Erforschens der Sachlage übergehen.

„ZUHÖREN“ - ERFAHRUNGEN AUS EINEM AUSGEWÄHLTEN PROJEKT

Die Entscheidung mit der „Zuhörphase“ zu beginnen, trafen die Beteiligten des ausgewählten Projektes nach einem zweitägigen allgemeinen Community Organizing Training. Für die Teilnahme an der Durchführung von „Vier-Augen-Gesprächen“ in der Nachbarschaft entschieden sich insgesamt zehn Prozessbeteiligte. Diese trafen sich zu einem speziellen Training, um sich auf die „Vier-Augen-Gespräche“ und den „Zuhörprozess in kleinen Gruppen“ vorzubereiten. In diesem Treffen wurden durch Rollenspiele die Ansprache und Terminvereinbarung am Telefon sowie die Inhalte der zu führenden Gespräche geübt.

Die Gesprächsführung unterteilte sich dabei in vier Abschnitte: das „Ankommen“, die „Vorstellung“ der eigenen Person, die „Fragen“ zu Problemen und Wünschen, das „Persönliche“, sowie die „Verabschiedung“. Der erste Abschnitt dient dazu, eine Gesprächsatmosphäre zwischen den Personen zu schaffen. Beginnend mit der Erläuterung des eigentlichen Zweckes des Besuches, wobei das Ziel meist mit der gemeinsamen Verbesserung des Stadtteils beschrieben wird, geht man in die eigentliche Befragung über. Hier werden offene Fragen verwendet, um so viele Informationen wie möglich zu erhalten. Die Person wird danach gefragt, was ihr im Stadtteil gefällt, worüber sie sich ärgert und welche eigenen Vorstellung und Visionen die Person für Veränderungen und Verbesserungen hat. Diese Gesprächsinhalte werden in einem Protokoll dokumentiert. Das Gespräch wird mit einigen individuellen Fragen nach der familiären Situation und Interessen fortgesetzt, um eine stärkere Beziehung zu der Person aufzubauen. Zum Ende wird die Frage nach weiteren möglichen Gesprächspartnern gestellt und die Einladung zur ersten organisierten Bürgerversammlung ausgesprochen, mit welcher die „Zuhörphase“ endet.

Die im Zuhörprozess aktiven Projektmitglieder besuchten im Durchschnitt zehn Bekannte, NachbarInnen und Familienmitglieder die im Stadtteil leben und wirken. Ebenfalls wurden Besuche bei kleinen Gruppen wie zum Beispiel Bürgerinitiativen oder Freizeitgruppen durchgeführt. Hierbei spielte eine vorher bestehende Beziehung zu diesen Mitgliedern eine untergeordnete Rolle; der Anspruch, die Personen der Kleingruppen zu binden, ist aber umso höher.

Bei der Durchführung dieser Phase traten die ersten Herausforderungen für die Prozessbeteiligten auf. Die erste Hemmschwelle war die Kontaktierung möglicher GesprächspartnerInnen und die Durchführung eines teilweise standardisierten Gespräches. Die bestehende Angst, Menschen zielgerichtet, dem üblichen Kontext ihrer Beziehung scheinbar unangemessen anzusprechen, wurde durch die vorher durchgeführten Übungen gemildert. Große Widerstände und Probleme gab es von Seiten der Projektmitglieder bei dem Gesprächsabschnitt „Persönliches“. Die Teilnehmer sahen in diesem Punkt keine Notwendigkeit und keinen Zusammenhang zum Projekt. Die Fragen nach familiären Beziehungen und eventuellen Problemen wie Arbeitslosigkeit oder die Frage nach bestehenden Hobbys setzten die TeilnehmerInnen mit den Begriffen des Aushorchen oder Ausspionieren gleich. Das Argument des Projektberatenden Organizers, dass dies nur dem besseren Kennenlernen dient und somit besser auf die Person eingegangen werden kann, lies die Skepsis nicht verschwinden. Verschärft wurde dies durch die Empfehlung Protokolle für diese Gespräche zu führen. In diesen Protokollen war vorgesehen, alle Informationen, also die Veränderungswünsche, sowie die Kontaktdaten der besuchten Person zu notieren. Die TeilnehmerInnen diskutierten lange über den Punkt des Protokollierens von persönlichen Informationen und Kontaktdaten, dabei entschieden sie sich gemeinschaftlich dafür, dass die Gesprächsprotokolle bei den jeweiligen Interviewern verbleiben und nur die Informationen der Probleme, Wünsche und Visionen in das Projekt gelangen. Der Gesprächspunkt des Persönlichen wurde gelockert. Jeder fragt nur das, was dem Interviewer oder der Interviewerin selber als angebracht und angenehm erscheint. Eine weitere Aufgabe war die aktive Einladung der besuchten Personen zur Bürgerversammlung. Hierzu wurden die BewohnerInnen neben der Einladung am Ende des Interviews zusätzlich eine Woche vor dem Versammlungstermin nochmals an die Veranstaltung erinnert.

Bei der Bürgerversammlung wurden alle Themen, die in den Gesprächen vorkamen, präsentiert und in sinnvolle Arbeitsgruppen überführt. So gab es beispielsweise mehrmals Hinweise auf Probleme mit bestimmten Spielplätzen oder Rasenflächen, so dass daraus der Themenblock „Freizeit“ gebildet wurde. Insgesamt wurden elf Themenblöcke vorgeschlagen. Alle bei der Veranstaltung Anwesenden – also die Befragten, weitere BewohnerInnen und Interessierte – brachten durch Punktevergabe ihr Interesse an dem jeweiligen Themenblock zum Ausdruck, sodass sich durch diesen Mehrheitsbeschluss fünf der insgesamt elf Themenblöcke zur Weiterarbeit herauskristallisierten. Ein weiterer Schritt in der Versammlung war die Klärung der Mitarbeit und der Versuch, die Anwesenden zu ermutigen, sich in eine der fünf Themenblöcke als Mitglied der Arbeitsgruppe zu integrieren.

„ZUHÖREN“ - ANFORDERUNGEN AN DIE PROZESSBETEILIGTEN

Mit dem Start des Verfahrens setzte eine Gruppendynamik ein, wobei der Platz der Beteiligten sich in der Gruppe mit den neuen Anforderungen veränderte. Es wurde deutlich, dass eine grundlegende Organisation für die Durchführung und das Bestehen des Projektes wichtig ist. Hier spielte nicht nur die Organisation der Projekttermine eine Rolle, sondern vor allem die Kompetenz jedes Einzelnen sich selber zu organisieren und Gesprächstermine fristgemäß einzuhalten und abzuarbeiten.

Eine der größten Herausforderungen in dieser Phase des „Zuhören“ ist das aktive Zugehen der Projektbeteiligten auf andere Menschen und der Versuch, über ein aktivierendes Gespräch Menschen zu motivieren und mit ihnen eine Beziehung aufzubauen, um zukünftig zusammenzuarbeiten. Zugleich hatten die Interviewer die Aufgabe, sich selber ihr Verständnis von Community Organizing bewusst zu machen und für sich zu deuten, um dieses anderen Menschen kenntlich zu machen. Eine weitere Anforderung bestand in der Vorbereitung der ersten Bürgerversammlung. Hier war es wichtig, über Flyer die Interviewten und Interessierten zu dem Termin einzuladen. Ebenso wie die Einladung musste auch die Art der Präsentation der Ergebnisse abgestimmt werden, sowie ProjektteilnehmerInnen sich für diese Präsentation zur Verfügung stellen.

4.2 PHASE – ERFORSCHEN

In dieser Phase werden spezifische Veränderungswünsche und die Möglichkeiten und Wege der Veränderung genauer betrachtet. Dazu ist es wichtig zu erörtern, wer die EntscheidungsträgerInnen (Person oder Institution) sind, die die Macht haben, eine Veränderung zu veranlassen. Gleichzeitig ist es bedeutend, sich mit der Entstehung des Problems genauer auseinanderzusetzen, um das derzeit Bestehende zu verstehen und alle Beteiligten zu erkennen. Durch die genaue Recherche werden Argumente, Strategien und MitstreiterInnen für die nächste Phase der Aktion gesammelt.

„ERFORSCHEN“ - ERFAHRUNGEN AUS DEM AUSGEWÄHLTEN PROJEKT

Das Erforschen erfolgte in den separaten Arbeitsgruppen und wird nachfolgend an einer konkreten Problemsituation genauer beschrieben. Ein Problem, welches im Zuhörprozess beispielsweise häufig genannt wurde, war die Sicherung der Kinder auf ihrem Schulweg zu einer Grundschule. Die Schule liegt an zwei sehr stark befahrenen Straßen. Eine der beiden Straßen besitzt einen sehr engen Fußweg, auf welchem maximal ein Kinderwagen Platz hat. Gleichzeitig gibt es nur eine Ampel in der unmittelbaren Umgebung dieser Schule. Viele der Kinder meiden den längeren Weg bis zur Ampel und queren so die Straße. Die Kinder, welche mit dem Rad zur Schule fahren, sind aufgrund der Fußwegenge gezwungen, auf der Straße zwischen Autos und Straßenbahn zu fahren. Als Vorschlag zur Lösung des Problems wurde wiederholt

das Öffnen eines Tores auf dem hinteren Gelände der Schule von den Befragten genannt. Dieser Zugang über das Tor war, laut den Aussagen, der frühere offizielle Schulweg. Diesem Problem nahm sich eine Arbeitsgruppe an und recherchierte das Thema. Durch die Recherche konnte die Sachlage transparent dargestellt werden. Es fanden sich nicht nur die Verantwortlichen und Entscheidungsträger in Form des Kultusministeriums, welche den Schulwegplan für die Grundschule erstellt hatte, sondern auch Verbündete in Form einer Elterninitiative, den Lehrern und der Direktorin der Schule. Beendet wurde die Recherche mit dem Herausfiltern der Veränderungsmöglichkeiten, der Erarbeitung der dazu notwendigen Wege, einer Liste der Verbündeten und der Erstellung eines detaillierten Zeitplanes für die mögliche Umsetzung.

„ERFORSCHEN“ - ANFORDERUNGEN AN DIE PROZESSBETEILIGTEN

In dieser Phase treten die ProjektteilnehmerInnen den betreffenden öffentlichen und privaten Institutionen offensiv als Bürgerprojekt und als kompetente/r BürgerIn gegenüber, um an die nötigen Informationen zu gelangen. Dies erfordert nicht nur Hartnäckigkeit und Ausdauer gegenüber den Institutionen, sondern auch Kreativität. Auf dem Wege der Informationsbeschaffung werden die Strukturen der Macht ebenso transparent wie auch die Motivationen zu den Entscheidungen, die von den entsprechenden Institutionen und Personen getroffen wurden bzw. werden. Diese Erkenntnisse nehmen die Furcht, in die Geschehnisse aktiv einzugreifen und stärken das Selbstbewusstsein der Beteiligten auf ihr Recht der Partizipation. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten der Partizipation sichtbar, wie auch mögliche Lösungsansätze.

4.3 PHASE – AKTION

In dieser Phase geht es um die Vorbereitung und Durchführung von Verhandlungen mit den aus der Erforschungsphase benannten und machthabenden Personen und Institutionen. Ziel ist es, eine Verhandlungsposition mit den „Verantwortlichen“⁴⁸ auf Augenhöhe zu erreichen, um den Veränderungswunsch zu verwirklichen und als Bürgermacht respektiert zu werden. Wichtig ist dabei, eine für beide Seiten erstrebenswerte Lösung zu finden, wobei das Interesse des Projektes gewahrt bleibt. Um eine Verhandlung erfolgreich durchzuführen, muss das Treffen strategisch vorbereitet werden. Erstens ist es wichtig, dass die ProjektteilnehmerInnen sich darüber einigen, was sie genau von der Gegenseite erwarten und in welchem Zeitraum. Dabei ist es vorteilhaft, die eigenen Forderungen auf Verhandelbarkeit hin zu überprüfen, das heißt einige Forderungen im Zuge der Verhandlung sollten vernachlässigbar sein. Die Verantwortlichkeit der Gegenseite ist ebenfalls zu hinterfragen, also wem ist die Gegenseite eventuell rechenschaftspflichtig, wie steht die Person zu dem zu verhandelnden Problem, welche Eigeninteressen könnte die Person haben. Es sind auch weitergehende Schritte zu überlegen, falls die Person jegliche Problemlösung ablehnt. Sind diese Fragen geklärt und alle MitgliederInnen des Projektes mit dem zu erreichenden Ziel und der erarbeiteten Strategie einverstanden, wird ein

⁴⁸ Personen, die die Macht haben, den BürgerInnen zu geben, was sie verlangen.

Termin mit der/dem „Verantwortlichen“ vereinbart. An diesem Termin nimmt ein delegiertes Verhandlungsteam des Projektes teil. Die Verhandlung wird unter den ProjektteilnehmerInnen nach dem Treffen ausgewertet. Führt die Verhandlung zum gewünschten Erfolg und somit zur Veränderung, beginnt das Projekt mit einer neuen „Zuhörphase“. Scheitert die direkte Verhandlung mit den „Verantwortlichen“, wird eine neue Strategie unter Zuhilfenahme einer großen Bürgerversammlung und einer breiten Öffentlichkeit erarbeitet. Das Ziel besteht hierbei darin, eine große Anzahl an BürgerInnen zu mobilisieren dieser Bürgerversammlung beizuwohnen. Diese große Anzahl an BürgerInnen ist notwendig, um das starke Interesse an der Thematik aufzuzeigen. Die „Verantwortlichen“ werden eingeladen um zur Thematik Stellung zu beziehen. Dabei wird versucht durch die Anzahl der anwesenden BürgerInnen und der Presse, den Verantwortlichen ein Versprechen abzurufen, die Thematik im Sinne der BürgerInnen zu behandeln.

„AKTION“ - ERFAHRUNGEN AUS DEM AUSGEWÄHLTEN PROJEKT

Das Projekt befindet sich im Moment in der Phase der Aktion und bereitet sein erstes Verhandlungstreffen vor, somit können Erfahrungen nur aus dessen Vorbereitung beschrieben werden. Die größte Schwierigkeit bestand darin die wirklichen EntscheidungsträgerInnen herauszufiltern und deren Eigeninteressen zu erkennen. Ebenso die Einigung auf die eigenen möglichen Kompromisse in der Thematik stellt die Gruppe vor eine große Herausforderung.

„AKTION“ - ANFORDERUNGEN AN DIE PROZESSBETEILIGTEN

In dieser Phase ist es für die Beteiligten wichtig, sich mit den eigenen Erwartungen und den Erwartungen der anderen genauer auseinanderzusetzen, sowie den Umgang mit Kompromissen und einem möglichen Scheitern zu erfahren. Das aus den Projektbeteiligten ausgesuchte Verhandlungsteam steht vor der Anforderung, mit der Verantwortung an sich und den Hoffnungen, die sie haben und die in sie gesetzt werden, umzugehen. Auch aus dem Scheitern einer geführten Verhandlung lassen sich Erfahrungen für die Zukunft ziehen. Das Einberufen einer großen Bürgerversammlung verlangt den Beteiligten viel ab. Sie sind gefordert, sich offensiv für ein Ziel einzusetzen, um Andere zu überzeugen, an der Versammlung teilzunehmen. Dies erfordert wiederum ein aktives Zugehen auf Personen und eine Auseinandersetzung mit deren Vorstellungen und Meinungen, was bei dem/r Projektbeteiligten zu einer erneuten intensiveren Auseinandersetzung und Hinterfragen der eigenen Person, dem Projekt und der bestehenden Gesellschaft führen kann. Aus einer erfolgreich verlaufenden Phase der Aktion, also letztendlich der Umsetzung des speziellen Bürgerbegehrens, erwächst das Vertrauen der BürgerIn ihre/seine eigenen Fähigkeiten und in die Stärke der gemeinsamen Macht. Von einem Erfolg sind auch der Kreislauf der Beteiligung und das Fortbestehen des Projektes abhängig, welches mit einer neuen „Zuhörphase“ beginnen würde.

4.4 CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE PROZESSBETEILIGTEN

Zusammenfassend lässt sich auf Grundlage der Herausforderungen eines CO-Prozesses sagen, dass durch die aktive Teilnahme an dieser Entwicklung die Kompetenzen der Prozessbeteiligten wachsen und erweitert werden können. Neben den fachlichen Kompetenzen wie zum Beispiel Computer- und Internetkenntnissen, steigen auch die sozialen Kompetenzen in Form von Kommunikation und dem Erleben von Solidarität. Voraussetzung dafür ist, die Wünsche, Sorgen und Visionen anderer Menschen zu erkennen, ernst zu nehmen und zu respektieren. Die Beteiligten erkennen bestehende Machtstrukturen. Durch die Partizipation und den Willen zur Veränderung erfahren sie nicht nur Demokratie⁴⁹, sondern nutzen diese auch und erkennen die eigene Macht und Handlungsfähigkeit. Wichtig ist zu bedenken, dass alle Herausforderungen gleichzeitig Chancen sind, eigene Kompetenzen zu erproben und zu erweitern und an Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen zu wachsen. Gleichzeitig ist der Prozess kein Garant für den Erfolg einer Veränderung. Der Umgang mit einem eventuellen Misserfolg kann die Person ebenso stärken wie auch schwächen.

⁴⁹ Abraham Lincolns: "Government of the people, by the people and for the people."

5. METHODISCHES VORGEHEN IN DER UNTERSUCHUNG

Die Durchführung von vier Interviews dient dazu, neben der vorhergehenden Darstellung des allgemeinen CO-Prozesses, die Menschen und ihre Motive zu zeigen, die diesen Ansatz umsetzen. Wichtig ist dabei vor allem, warum sich Menschen ehrenamtlich engagieren, weshalb sie sich in einem CO-Projekt einsetzen und wie sie in ihrer Arbeit im Projekt den Ansatz verstehen. Die Befragten sind BewohnerInnen und BürgerInnen wie auch AkteurInnen und ExpertInnen von CO und können somit aus einer vielschichtigen Perspektive über ihre Erfahrungen und Eindrücke mit CO berichten. Bei den geführten Gesprächen handelt es sich um Leitfadengestützte Interviews, um zum Einen themenzentrierte Gespräche zu führen und zum Anderen ausreichend Raum für durch die Interviewten eingeführte Themen zu lassen. Somit entsteht ein Erzählfluss, in welchem für alle Themen der Gesprächspartner Platz geschaffen wird.

Der Leitfaden bestand aus zehn Fragen, die sich thematisch in folgende drei Untergruppen teilen lassen:

1. Zugang zu Community Organizing
2. Wahrnehmung des Community Organizing Konzeptes
3. Erfahrungen in der Umsetzung des Community Organizing Prozesses

Die ersten Fragen sollen klären, wie die Menschen zum CO Zugang gefunden haben. Da CO auf Beziehungen der AkteurInnen beruht, ist der Zugang bedeutend, um aufzuzeigen, welche Zugänge es neben den Beziehungen gibt und was die Menschen an CO anspricht und aktiviert, sich zu beteiligen. Ebenso ist es wichtig, die Ziele und Gründe, die sie mit ihrem Engagement verbinden, herauszufiltern. Auch um einschätzen zu können, ob diese außerhalb von CO zu einem Erfolg gelangen könnten oder ob der Erfolg dieser Ziele eng mit dem Ansatz verbunden ist.

Der zweite Themenblock beschäftigt sich mit dem CO Konzept. Hier ist die Sicht der AkteurInnen auf das Konzept von Interesse, was sie mit CO verbinden und welche Vorteile und Schwierigkeiten sie im Konzept selbst sehen. Ebenso ist es von Bedeutung, ob sie sich mögliche Wirkungen des Community Organizing auf der Mikroebene, Mesoebene oder Makroebene vorstellen können oder erlebt haben, um CO in die verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung verorten zu können. Ein gewisses Maß an Reflexions-vermögen wird dabei bei den Gesprächspartnern vorausgesetzt.

Der dritte Abschnitt richtet sich an die Menschen als ExpertInnen, die mitten in einem CO-Prozess stehen. Hierbei werden die Erfahrungen angesprochen, welche sie im Projekt gesammelt haben und ihre Einschätzung über die Verläufe der Umsetzung. Wichtig war die Frage nach einem jetzigen anderweitigen Ehrenamt, einerseits um zu erfahren, ob diese Akteure die These erfüllen, dass sich wenige Menschen vielseitig und viele Menschen gar nicht engagieren und andererseits um einen gewisse Themenschwerpunkte im Engagement abklären zu kön-

nen. Dies sollte auch die Frage nach früheren ehrenamtlichen Tätigkeiten aufzeigen und gleichzeitig deutlich machen, welche Demokratieerfahrung die Befragten gemacht haben und mit welchen Rahmenbedingungen des Engagements sie CO vergleichen.

Im Vergleich zu Bürgerinitiativen verfolgt CO – wie bereits dargestellt – einen anderen Ansatz des Engagements. Es geht nicht alleinig um die Umsetzung von Zielen, sondern zugleich um eine dauerhafte Aktivierung. Aus diesem Grund war es ein Ziel, in Erfahrung zu bringen, ob und was sich im Laufe des Prozesses bei den Interviewpartnern persönlich verändert hat und ob sie ihrer Einschätzung nach, Kompetenzen oder andere Perspektiven dazugewonnen haben. Die InterviewpartnerInnen wurden aus einem CO-Projekt gewonnen, zu welchem seit über einem Jahr Kontakt in Form von gemeinsamer Projektarbeit vorhanden ist. Der mögliche Rollenkonflikt, welcher besteht, wenn die Interviewerin gleichzeitig Projektmitwirkende ist, wird in den Interviewauswertungen beachtet. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit bedacht, dass Probleme oder Spannungen, die im Projekt eventuell vorhanden sind, sich in den Gesprächen widerspiegeln. Der Fokus der Auswahl lag auf den nichtprofessionellen AkteurInnen⁵⁰.

Der Zugang zu anderen Aktiven in CO-Projekten in Deutschland wurde nicht gewählt, da für diese Zugänge Mittler aus den jeweiligen Projekten nötig gewesen wären und der Suche nach deutschlandweiten Aktiven stand der Zeitfaktor für die Bearbeitung dieses Themas entgegen. Für die folgenden GesprächspartnerInnen wurde sich bewusst entschieden, da sie die im allgemeinen Verständnis typischen aktiven Bürger und Bürgerinnen unsere Gesellschaft repräsentieren. Sie arbeiten das erste Mal nach diesem Ansatz und haben durch ihre Arbeit ein eigenes Verständnis von CO entwickelt.

Person B. (weiblich), zeigte während der Projektarbeit ein starkes Interesse für den Ansatz und dessen praktische Umsetzung. Da sie in einem Stadtteil wohnt, der abgelegen zum Projektgebiet liegt, ist davon auszugehen, dass sie vor allem das Konzept des CO anspricht und weniger das persönliche Interesse an Veränderungen im Projektstadtteil. Gleichzeitig entstand während der gemeinsamen Arbeit der Eindruck, dass sie Erfahrungen im Bereich der Bürgerinitiativen hat, so dass CO für sie eine mögliche Alternative, der Beteiligung darstellt. Schlussfolgernd, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen einen komplexeren Einblick in ehrenamtliche Tätigkeiten hat und Vergleiche zwischen den Ansätzen ziehen kann, wurde sie als Interviewpartnerin ausgewählt.

Aufgrund seiner Lebenserfahrung im ehrenamtlichen Engagement wurde Person C. (männlich) angesprochen. Im Projektverlauf wurde deutlich, dass er stark aus der Perspektive eines Bürgers argumentiert, welcher CO als Chance zur Partizipation nutzt und für die Schaffung einer selbstbewussten Bürgerschaft sieht, um zukünftige Veränderungen im Stadtteil gemeinsam zu erreichen. Während der Projektarbeit wurde immer seine Überzeugung von der Möglichkeit einer Veränderung von unten deutlich, so dass für diese Arbeit ein kritischer Blick auf die CO-Methode im Bezug auf die Basisanbindung erwartet wurde.

⁵⁰ Beteiligte, die nicht der Profession der Sozialen Arbeit oder der einer/s OrganizerIn angehören.

Eine Bewohnerin des Projektgebietes ist Person D. (weiblich), welche sich durch das Projekt für ihr Lebensumfeld einsetzt und gleichzeitig auch eigene Visionen verwirklichen will. Nach dem vorhergehenden Kenntnisstand ist D. zum ersten Mal ehrenamtlich aktiv, so dass der Fokus darauf lag zu erfahren, welche Gründe sie bewogen haben, sich gerade in einem CO-Prozess zu integrieren. Gleichzeitig wurden vor allem Aussagen erwartet, die in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Umsetzung der Methode stehen, da D. als Bewohnerin ein Veränderungsziel im Fokus hat.

Als ein aktives Mitglied eines Bürgervereins im CO-Projektgebiet wurde Person E. (männlich) als Gesprächspartner interviewt. Er nahm in der Anfangsphase des Projektes aktiv am Prozess teil, hat dies allerdings aufgrund der langen Startphase und der zeitmäßigen Überlastung eingestellt. Trotz des Ausstiegs besteht ein stetiges Interesse seinerseits am Projektverlauf und dessen Ergebnissen.

6 AUSWERTUNG DER UNTERSUCHUNG

6.1 INTERVIEW 1

Zum Projekt und somit auch zum CO gelangte Person B. durch ihre eigenen Bemühungen. Sie stöberte im Internet und traf so auf Informationsmaterialien und das Schulungsangebot zum Thema CO. Sie kontaktierte die Initiatorin des CO-Projektes und nahm an den CO-Schulungsmaßnahmen teil. Vor der Schulung hatte sie weder Kenntnis über CO, noch Kontakt zu Mitgliedern des entstehenden Projektes oder Interesse an Veränderungen im Projektgebiet. Von dem in den Informationsmaterialien beschriebenen Ansatz war B. fasziniert und hält nach der Schulung auch dessen Umsetzung für realisierbar. B. hat vermutlich Erfahrungen auf dem Gebiet der Vereinsarbeit gesammelt und im Internet bewusst nach Alternativen des Engagements außerhalb der Vereinslandschaft und des üblichen kirchlichen Gemeindelebens gesucht. Dies wird bei der Frage deutlich, was B. mit dem Projekt erreichen will.

B: [...] mich interessiert der Ansatz und vor allen Dingen, äh, ist ja mein Hauptkritikpunkt in vielen Vereinsarbeiten, dass man nur die eigenen Interessen vertritt und irgendwann eine Organisation ohne Basis ist. Und durch die Befragung wird ja eigentlich die Basis regelmäßig hergestellt, immer wieder ne Grundlage geschaffen. Und mich interessiert, wie man was umsetzen kann. Oder wie das, ob das wirklich funktioniert oder ob man immer nur die Gleichen befragt und letztendlich sich nicht von anderen unterscheidet. (Z. 17-23)

B. interessiert der Ansatz von CO, wobei sie diesen vor allem in der Rückkopplung der Interessen zu einer Basis versteht. Als Basis charakterisiert B. die im Stadtteil lebenden BürgerInnen. B. scheint in der Vereinsarbeit negative Erfahrungen gesammelt zu haben, dass Vereinsarbeit z.B. vorrangig die eigenen Interessen der MitgliederInnen bzw. der Organisation vertritt. Ob diese Interessen sich mit denen der Menschen außerhalb des Vereines decken, bezweifelt B. Hier sieht sie Vorteile im CO und dessen Umsetzung. Vor allem der Befragungsprozess fand Anklang bei ihr, wobei sie hier eher das Ergebnis, also die Antworten der Befragten, als die Durchführung der Befragung, an sich interessiert.

B: Also, gut find ich, was mich überzeugt, ist die Befragung, [...] bei dem Prozess, [...]ich finde halt, dass die Befragung den Unterschied ausmacht ne. (Z. 201-203)

B: Negativ am Community Prozess, also ich finde es schwierig mit den Haus-zu-Haus-Besuchen. (Z.205-206)

Durch die im CO sich wiederholenden „Zuhörphasen“ wird immer wieder nach den Wünschen und Bedürfnissen der BewohnerInnen gefragt, so dass CO im Interesse der Befragten agiert und keine Eigeninteressen vertritt. Gleichzeitig sieht B. in dieser konzeptionellen Umsetzung mögliche Schwierigkeiten. Wenn man „immer nur die Gleichen befragt“ setzt CO in ihren Augen, ähnlich wie ein Verein, auch nur die Interessen der wenigen um, die sich in die Befragung

und in den Prozess mit einbringen. Diese Gefahr ist im CO durchaus gegeben, da die Auswahl der Befragten auf den persönlichen Beziehungen der CO Beteiligten beruht und somit schon per se Menschen anderer Bereiche ausschließen kann, wenn sich der Kreis der Beteiligten nicht kontinuierlich erweitert.

*B: Na, dass ist ungefähr so wie bei verschiedenen Vorständen. Am Anfang ist viel Schwung in 'nem Verein und dann bleiben circa 20 übrig und vertreten ihre eigenen Interessen. **Aber** hier ist ja die jährliche Befragung eingebaut und damit ist man ja gezwungen, nicht die eigenen Interessen zu vertreten, sondern sich eben auch um andere zu kümmern und immer drum zu bemühen, sich zu versichern, äh, ob die Themen wirklich auch die sind, die grad für nen Stadtteil aktuell sind. (Z. 25-31)*

B. hat die Erfahrung gemacht, dass nur wenige Menschen kontinuierlich aktiv an Prozessen teilnehmen, womit die Gefahr besteht, nicht mehr im Interesse aller zu handeln, sondern auf die persönlichen Belange zu schauen. B. könnte den Anspruch haben, sich für andere einzusetzen zu wollen und Interessen zu vertreten, die sowohl ihre eigenen wie aber auch der Anderen sein können. In einem Stadtteil gibt es, auf den Bezirk bezogen, häufig Überschneidungen bei den Vorstellungen der BewohnerInnen, was die Wünsche und Änderung betrifft. Im jetzigen Projekt, welches in einem Stadtteil stattfindet, in dem B. nicht wohnt, scheint es B. vorrangig auf das Erleben eigener Erfahrungen mit der Umsetzung von CO anzukommen, um zu sehen, ob es funktionierende Alternativen des Engagements gibt, im Vergleich zu ihren bisher gemachten Erfahrungen im Vereinsleben. Trotz allem hat sie konkrete Vorstellungen was das Projektgebiet benötigt.

B: Ich finde, der Stadtteil braucht ne Interessenvertretung gebildet und ne Ansprechperson auf jeden Fall und ... es wäre schön, denn ich erlebe den (Name des CO-Projektgebietes) oder (Name des CO-Projektgebietes) als sehr zurückgezogen und das Leben findet eigentlich sehr im Privaten oder im Hinterhof statt und der Stadtteil mehr lebendig, lebendiger erscheinen würde. (Z. 33-37)

Den Stadtteil nimmt B. eher introvertiert wahr. Dies ist eine Außenperspektive, welche sicherlich nicht alle BewohnerInnen des Stadtteils teilen. Hierbei vergleicht B. ihren Stadtteil, der sich selber und durch andere als sehr offen und alternativ angesehen wird, mit dem Projektgebiet, welches in der Stadt als ein eher alternder Stadtteil wahrgenommen wird.

B: Also ich bin in () Situation, dass () im (Name des eigenen Stadtteiles) funktioniert das Ganze ohne Community Organizing (Z.85-87)

B: [...] da sind schon alle irgendwie in irgendeiner Kleingruppe oder Initiative oder politischen Organisation verhaftet und die sind halt gut vernetzt und arbeiten gut zusammen und äh thematisieren und diskutieren. (Z. 90-92)

Die BewohnerInnen des Projektgebietes und der Stadtteil, in welchem B. lebt, unterscheiden sich nicht nur im Altersdurchschnitt, sondern auch im durchschnittlichen Einkommen. Beides liegt im Projektgebiet höher. Ihren eigenen Stadtteil beschreibt B. als sehr aktiv und autonom, welcher CO aus ihrer Sicht nicht nötig hat. Mit den Worten hier „funktioniert das Ganze“ idealisiert sie ihren Stadtteil, was sich mit dem vorher angesprochen Problemen der Vereinsarbeit widerspricht. Gleichzeitig stellt sie somit den Projektraum als hilfebedürftig dar, in welchem es

gegenwärtig keine nach außen sichtbaren Strukturen des Lebens und des Engagements gibt. Hier „funktioniert das Ganze“ nicht und somit benötigen, aus ihrer Sicht, die Menschen Unterstützung und Aktivierung. Diese erfolgt, nach Ansicht von B. durch das CO-Konzept, welches Interessen analysiert und über Beziehung versucht zu aktivieren. Gleichzeitig soll durch das aktive Zugehen und Befragen der Menschen die Plattform des CO bekannter gemacht werden. Dieses Bekanntwerden hat dann Vorteile für die mit der Plattform verankerten Institutionen.

B: Ne das is ne Methode, wie man, äh, Interessen ... analysiert und versucht oder und aktiviert in Mitarbeit auf oder [] und auch ne Plattform bekannt machen kann, also indem man befragt und sagt woher man kommt, macht man ja schon klar wo ne Plattform is. Im Fall es is von ner Kirche zum Beispiel, ja, wenn das jetzt die in (Name des CO-Projektgebietes) ne Kirchengemeinde macht, wenn das gut läuft und in der Gemeinde gut verankert ist und da viele mitmachen, da kann das auch gut für die Kirchengemeinde sein.(Z. 48-56)

Bei dieser Definition kommen keine Aussagen in Richtung Verbesserung der Lebenswelten der BewohnerInnen, Stärkung der Menschen, Aufbau von Macht oder ähnliches vor. Hier stellt sie CO als Institution dar, welche Menschen für eine Mitarbeit gewinnen will und Vernetzung zum Vorteil der Institution (Plattform) erreichen kann. Diese Aktivierung und das Anregen der Menschen stellt sich auch in den von B. beschriebenen Vorteilen des CO dar.

B: Also den Vorteil sehe ich zum Einen, dadurch dass man fremde Leute anruft oder versucht eben, äh, Leute die man sonst so nicht erreicht hat mit einzubinden, ähm, das man jedenfalls auch durch die Befragung erreicht, dass die vielleicht die Zeitung mal aufmerksamer wieder lesen, was im Stadtteil so passiert wenn sie schon aufgegeben haben und sich wenn sie sich schon nicht engagieren wenigstens dann wieder interessieren für die Umgebung, also dass denke ich kommt auf jeden Fall raus bei der Befragung. [...] ich find auch so ne themenfokussierte Zusammenarbeit wichtig und das Netzwerken, also das das auch wirklich nochmal so nen Schwerpunkt ist, das das mit dazugehört eigentlich. Also das sich das nicht nur auf die Einzelakteure, sondern auch auf, äh, Akteure thematischer Gruppen bezieht. (Z. 62-72)

In das „Zuhören“ setzte B. viele Erwartungen und Hoffnungen. Ihre Befürchtung, dass man immer nur die „Gleichen“ befragt, spiegelt sich in der Erwartung, dass man in der Befragung „Fremde“ anspricht wieder. Dies ist aus konzeptioneller Sicht nur bedingt vorgesehen, da CO hauptsächlich auf seine Verbreitung durch das Nutzen der bestehenden Beziehungen der Akteure aufbaut. Durch die Arbeit an bestimmten Themen sollte es jedoch zu einer kooperativen Vernetzung zwischen verschiedenen Organisationen kommen, so dass hier die Erwartungen, den eigenen Personenkreis über die Menschen, zu denen eine Beziehung besteht, hinaus zu öffnen und zu vergrößern erfüllt werden könnten. Es kommt also eher auf eine Vergrößerung der Anzahl der Akteure an. B. hat den Anspruch, dass die Befragungen die Menschen anregen, sich für ihren Stadtteil zu interessieren, was impliziert, dass die BewohnerInnen ein Desinteresse an ihrem eigenen Umfeld haben.

B: Also im (Name des Projektgebiet) wohnen halt Leute, es muss sich nicht jeder engagieren, da hat nicht jeder Bock zu [...] und der Anteil derer ist im (Name des Stadtteiles) sicherlich wesentlich höher, als im (Name des eigenen Stadtteiles) (Lachen). Weil sonst wär ja da mehr los. (Z. 104-109)

Dieses nicht vorhandene Interesse, leitet sie auch aus den nicht zu erkennenden oder nicht vorhandenen Netzwerkstrukturen im Stadtteil ab. Gleichzeitig benennt sie die Vorteile der themenfokussierten Zusammenarbeit und der Netzwerkarbeit. Das heißt, Menschen können sich in dieser nicht zielorientierten Organisation zu themenfokussierten Gruppen zusammenschließen und themenbezogen aktiv werden, ohne am Gesamtkonzept partizipieren zu müssen. Wiederum kommt hier ihre vereinsbezogene Negativerfahrung zum Tragen, indem sie darauf hinweist, dass nicht die Einzelakteure, sondern die Gruppen wichtig sind. Hier wiederholt sich die Sorge, dass es letztendlich um Belange einzelner Akteure geht und nicht um Interessen vieler. Dieser Angst begegnet CO eventuell durch die offene Struktur, den Basisdemokratischen Ansatz und die Stärke der Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft ist ein weiterer Vorteil, aus Sicht von B., wobei sie von einer regionalen Umsetzung spricht und davon überzeugt ist, dass eine überregionale Anwendung ohne feste Strukturen und Hierarchien nicht möglich ist.

B: Ich sag mal im Kleinen kann man da schon, wenn man ne Gemeinschaft sucht, ne Gemeinschaft finden. (Z.87f)

B: Ich glaube nur das ist regional und eng begrenzt möglich. (Z.97)

B: Äh, dann hat man automatisch n System was vielleicht zwar ohne Parteien ist, aber du hast dann immer den Vorstand vom Vorstand und die Rückfindung an die Basis ist dann immer schwieriger. Also welche Interessenthemen man jetzt bundesweit angeht oder was am häufigsten genannt wird kann, [...] also ich kann mir das nicht vorstellen das das gut ist und produktiv ist wenn man das jetzt auf der bundesweiten Ebene thematisch inhaltlich anlegen würde. (Z. 189-194)

Neben den methodischen Vorteilen, die CO aus Sicht von B. für die BewohnerInnen des Projektgebietes mitbringt, gibt es für B. auch persönliche Vorteile sich in diesem Projekt zu engagieren.

B: Ja, schon Kontakt, eigenes Netzwerk so, [...] wovon ich profitiere, ähm [...], gibt mir auch ein Feedback wie ich arbeite, offener und ehrlicher als in Bezahlung und direkter. (Z.114-118)

Durch den im Projekt entstehenden Kontakt zu anderen Menschen möchte B. ihr eigenes Netzwerk erweitern. Ob diese Erweiterung für zukünftige Zusammenarbeit oder für private Verbindungen ausgelegt ist, bleibt im Gespräch offen. Gleichzeitig möchte sie ein offenes und ehrliches Arbeitsfeedback bekommen. Durch die Arbeit im Projekt ist B. zum Feld der Politik, in welchem sie sich in jungen Jahren stark engagierte, zurückgekehrt. Diese Empfindung unterlegt den konzeptionellen Anspruch der politischen Bildung durch CO.

B: [...] durch das Projekt dann hab ich dann zum Thema Politik ein Stück weit zurückgefunden. (Z. 238f)

Neben den Vorteilen von CO bestehen auch Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten nimmt B., wie schon angedeutet, in der Befragung der gleichen Personen wahr. Ein weiteres Problem ist nach Meinung von B. die Besetzung der gleichen Themen, wodurch vorhandene Organisationen geschwächt werden. Diese Interpretation eines Konkurrenzgedankens, wird nicht durch

das Konzept des CO fokussiert, sondern durch B. ins Gespräch gebracht und könnte ein Hinweis auf die von ihr gemachten Erfahrungen, im Bereich der Politik und des bisherigen Engagements, sein. Im Kern geht es bei CO vorrangig um Veränderung und den Aufbau gemeinschaftlicher Macht und nicht um die Splittung bürgerlichen Engagements und dessen Einfluss. Die Frage nach der Konkurrenz ist gleichzeitig die Frage nach Prestige.

B: Also ich, dass das Community Organizing, schon vorhandene Organisationen schwächt. (Z. 145f)

B: Weil Themen, die Themen besetzt die andere auch bearbeiten [...] und sicherlich ohne Erfolg (Lachen) ne ganze Weile, weil sonst müssten das über Community Organizing nicht gemacht werden. (Z.148-150)

B: Ne, ne es geht nicht um Ressourcen, aber man brauch immer erfolgreiche Themen, um sich auch zu profilieren. (Z.173f)

B: Und auch für die Bürger sichtbar zu machen. (Z.176)

Gleichzeitig rechtfertigt sie dieses Problem der Schwächung damit, dass diese Organisationen das jeweilige Thema ohne Erfolg bearbeiten. Also aus dem Gedanken heraus, wenn die andere Organisation das „Problem“ gelöst hätte, dann müsste CO jetzt nicht ansetzen. Bei diesen Aussagen geht es um die Profilierung von Institutionen oder sogar von Personen. Wer ein Problem erfolgreich und öffentlichkeitswirksam umsetzt, genießt Ansehen unter den BürgerInnen und in der medialen Öffentlichkeit.

Viele Bürgervereine arbeiten seit Jahren ehrenamtlich an denselben Problemen und erreichen scheinbar keine Erfolge. Nach Auffassung von B. kommt es zu einer Themenüberschneidung zwischen Bürgervereinen und CO, da die Bürgervereine bisher nicht in der Lage waren, bestimmte Probleme zu beheben. Viele dieser Themen, die in Bürgervereinen bearbeitet werden, sind ohne eine gewisse Lobby und nach den bestehenden Strategien der Bürgerwehr nicht beherrschbar. Gleichzeitig machen Bürgervereine immer wieder öffentlich auf Missstände aufmerksam und sorgen so dafür, dass diese sich nicht verschlimmern bzw. versuchen diese in Ordnung zu bringen. In der Nachbarschaft sind Bürgervereine Ansprechpartner und Ratgeber für die BewohnerInnen.

*B: Aber auf der anderen Seite stehen den ganzen Organisationen, steht den das auch offen, sich immer wieder ne Basis herzustellen oder mal ne Beratung zu nehmen, um zu gucken wo stehen wir im Stadtteil aber ich glaube man ist wenn man das ne Weile macht schon ausgelaugt und einem fehlt das **Feedback** [...] von den Bürgern und wenn man jetzt aber Interviews macht, dann hat man ja schon mal ein Feedback das die vielleicht doch was stört, die sagen vielleicht nicht weil denen das zu viel Aufwand ist. Jetzt muss sich nicht jeder organisieren, aber es gibt halt Sachen die einen schon stören und das ist ja auch schön wenn man das, das ist ja ne Form von Feedback die glaub ich auch von Community Organizing äh nen Vorteil ist. (Z.152-163)*

B. macht den Vereinen den Pauschalvorwurf, dass diese nicht bürgernah arbeiten würden und dies durch fehlenden Bürgerkontakt und somit dem fehlenden Feedback auch nicht könnten. Unter diesem Feedback versteht B. die Kommunikation einer Organisation mit den BürgerInnen.

nen und die Nachfrage, was diese im Stadtteil stört. Gleichzeitig räumt sie ein, dass viele Menschen durch die lange Arbeit „ausgelaugt“ sind, was auch mit fehlenden personellen Ressourcen im Zusammenhang steht. Menschen, die engagiert sind, haben keine zeitlichen Kapazitäten, sich noch weiter einzubringen, beziehungsweise sind schon in verschiedensten Organisationen tätig. Menschen die sich nicht engagieren, machen dies, nach Meinung von B., aus folgenden Gründen nicht:

B: Weil sie die Notwendigkeit nicht sehen, ich glaub ein Großteil wird immer noch, ich glaub das ist auch ziemlich deutsch, als Aufgabe des Staates gesehen. (Z. 273-275)

B: So diese Einsicht ins äh bürgerschaftliche Engagement ist vielleicht so noch nicht gegeben, vielleicht ham sie och keine Verbundenheit zum Stadtteil, ja und zur Stadt das kann auch sein. Oder die könn vielleicht halt, ja muss man auch ein bissl Visionen haben um sich zu beschweren, was verändern zu wollen. Es gibt auch Menschen die können sich gut einrichten (Lachen) mit Tatsachen und das find ich och ok. () und ich glaube auch die geringe Aussicht auf Erfolg, die hält die Leute davon ab das zu machen. Weil wenn du dir die Medien so betrachtest, [...] da wird einem schon klar gemacht wie machtlos man eigentlich ist, als Mensch und das die Anderen über einen entscheiden. (Z. 277-289)

Manchen Menschen fehlen also die Identifikation mit dem Stadtteil oder der Stadt und die Einsicht, dass der heutige Staat die Lebenswelten von Menschen kaum ändern kann und wird. Gleichzeitig setzt Engagement nach Aussage von B. auch voraus, dass man Visionen und Wünsche hat und unter dieser Voraussetzung Veränderungen bewirken kann. Diese fehlenden Visionen sieht B. als Folge der Desillusionierung der BürgerInnen, welche in verschiedenen persönlichen Bereichen erfahren haben, dass sie machtlos sind und somit auch keine Aussicht auf Erfolg bei ihren jetzigen Problemen sehen und sich dann eher mit den Gegebenheiten einrichten. Diese Machtlosigkeit der Masse gegenüber den wenigen, die über die Masse entscheiden, spiegelt sich nach Meinung von B. in den täglichen Nachrichten wieder, so dass dadurch eine gewisse Resignation bei den BürgerInnen entsteht. Erfolge der BürgerInnen sind in den Medien kaum zu finden, woraus man schließen könnte, dass es diese Erfolge auch nicht gibt. Aufgabe von CO ist es hier, die Erfolge zu benennen und sichtbar zu machen, um den Menschen Energie und Hoffnung zu geben das Engagement etwas bewirkt.

B: Das muss dann aber oft kommunizieren, dass man das geschafft hat. Das es was bringt und voran geht. (Z.311)

Zusammenfassend entsteht der Eindruck, dass B. viele Einblicke und persönliche Erfahrungen auf dem Gebiet des Vereinswesens und Teilen der Politik gesammelt hat, wobei sie diese Erfahrungen nicht explizit darstellt. Diese dort gemachten Negativerfahrungen wandeln sich in Erwartungen an den CO-Prozess, wobei eine gewisse Skepsis an der Umsetzbarkeit besteht. Große Hoffnung legt sie in die Ergebnisse der „Zuhörphase“, welche ihrer Ansicht nach eine Brücke zwischen den Interessen der BewohnerInnen und der Projektbeteiligten schlägt, so dass die Gefahr der fehlenden Bürgernähe kompensiert wird.

Während des Gespräches zieht B. häufig Vergleiche zwischen den Aktivitäten und den Menschen in ihrem eigenen Stadtteil und denen im Projektgebiet, welches sie als defizitär wahr-

nimmt. Es geht ihr weniger um das Erreichen von Veränderungen im Sinne und mit den BewohnerInnen des Projektgebietes, als vielmehr um die Funktionalität des Ansatzes an sich und der ihr daraus resultierenden Erfahrungen. Dies kann bedeuten, dass sie die Erfahrungen dieser Methode eventuell in ihrem Stadtteil integrieren möchte, um weitere Veränderungen zu erzielen, was für eine fehlende, für sie passende Partizipationsmöglichkeit in ihrem Viertel spricht.

Das Thema Engagement spielt in ihrem Leben, nach ihrer Aussage, eine entscheidende Rolle, wobei sie in diesem Zusammenhang das Wort Zwang benutzt („*Ich kann nicht anders, es ist ein Zwang*“ Z.223f). Dieser Ausdruck ist im Allgemeinen negativ besetzt und lässt darauf deuten, dass ihr Ehrenamt mit einer Selbstidentifikation, einem zu erfüllenden Selbstbild oder einer äußeren Erwartung, die an sie gestellt wird, in Zusammenhang steht. Gleichzeitig scheint damit auch die Art des Engagements keine Rolle zu spielen, wobei jedoch im Gespräch deutlich wurde, dass ihr das Thema Gemeinwesen wichtig und vor allem notwendig erscheint. Ob diese Notwendigkeit allein aus der Wahrnehmung erwächst, dass sich zu wenig Menschen interessieren oder aus einer bestimmten bestehenden Vision einer Gesellschaft, bleibt offen.

6.2 INTERVIEW 2

Community Organizing hat C. im Rahmen seines Ehrenamtes als Kirchenvorstand durch den Pfarrer kennengelernt, welcher die Idee des CO für sich und seine Kirchengemeinde in einer Veranstaltung, hat vorstellen lassen. C. nahm an diesem Informationsabend teil und die Idee des beteiligten Bürgers / der beteiligten Bürgerin sprach ihn sehr an, so dass er sich in das beginnende CO-Projekt einbrachte. Als aktives Kirchenmitglied verstand er den Ansatz als Gelegenheit für Kirchengemeinden, die Perspektive von der Fixierung auf die Institution Kirche weg, hin zur städtischen Nachbarschaft zu wechseln.

C: Mir gefiel ähm, das Kirchengemeinden die das ja hauptsächlich betrieben haben, [...] über ihren Tellerrand hinaus geguckt haben, nicht mehr danach gefragt haben wie können wir Mitglieder gewinnen, sondern was können wir für das Wohl von Menschen beitragen. (Z. 8-11)

Unter der Methode des CO versteht C. das Arbeiten mit den Menschen in einem Stadtteil und nicht das Engagieren für Menschen. Dies ist für ihn ein wichtiger und entscheidender Unterschied zu anderen Initiativen. Dabei hat er sich stark mit dem eigenen diakonischen Ansatz der Kirche beschäftigt und für sich diesen Ansatz abgeändert und erweitert.

*C: Also, ich hab schon lange gedacht, dass zum Beispiel die diakonische Tätigkeit der Kirche nicht nur darin bestehen kann sich mit den Armen und Kranken zu befassen und barmherzig zu ihnen zu sein, sondern mit das politische Umfeld zu betrachten und zu versuchen da was zu ändern. Und Com- Community Organizing hat mich darin bestärkt, dass es nicht nur reicht Kirche für andere zu sein, sondern das es Kirche **mit** anderen sein muss, weil es letzten Endes nicht um die Kirche, sondern um die Welt gehen muss.*

[...] Ich weigere mich allerdings, äh, das Ganze anzusehen unter dem Gesichtspunkt, was hat die Kirchgemeinde davon, sondern mir geht's immer darum, was hat das Stadtviertel davon. (Z. 158-171)

Sein Fokus liegt auf den Menschen und ihrem Stadtteil, das zeigt sich auch in seiner Beschreibung von CO. Es geht um das Bewusstsein von Stärke, die man gemeinsam mit anderen aufbauen kann, um Veränderungen zu erzielen. Für ihn ist es eine „Bewegung“, was einen gesellschaftlichen Wandel durch CO einschließt.

C: Ich verstehe unter Community Organizing eine Bewegung die es Bürgern ermöglicht eine Erfahrung zu machen und die Erfahrung heißt, ich kann gemeinsam mit anderen Verbesserungen erreichen, durch Bürgermacht. (Z. 45-47)

C: Ich wünschte mir das Community Organizing, äh, mehr mit allen Leuten die schon auf dem Wege sind, sich verbünden würde. Dann könnte doch mehr geballte Bürgermacht entstehen. (Z. 99-102)

In dem Ansatz, sich zu verbünden, ohne ein gemeinsames Ziel in den Vordergrund zu stellen, sieht C. die Besonderheit und gleichzeitig auch die Schwierigkeit. Wichtig für C. ist, dass der Prozess mit dem „Aktiven Zuhören“ beginnt, wobei die Menschen eingeladen werden, am Projekt teilzunehmen und sich für ihre Interessen einzusetzen. Hierbei werden alle Entscheidungen im Projekt gemeinsam besprochen und getroffen, was C. mit einem „Demokratie-Prozess“ vergleicht.

C: [...] der Gedanke dass es mit aktiven Zuhören beginnt und nicht mit Proklamierung eines Zieles für das man Mitstreiter gewinnen will. Der Gedanke gefällt mir einfach, weil der so nicht üblich ist. Und zweitens, dass die Leute, die befragt wurden sind [...] gemeinsam entscheiden können wie's weiter geht, [...] Ich beobachte allerdings, dass es ein bisschen gegen die Mentalität der Leute geht die zum großen Teil lieber ein, äh, erkennbares Ziel hätten, wo sie mitmachen können, statt sich an einem allgemeinen Demokratieprozess zu beteiligen. (Z. 53-61)

Diese Idee der Basisdemokratie, Entscheidungen über die einfache Mehrheit der Beteiligten zu fällen, fasziniert C., wobei er die Vision hat, dass diese Form der Entscheidungsfindung auch Einzug in den politischen Alltag hält und Menschen wirklich die Möglichkeit zur Partizipation haben. Nach C. könnte CO dazu beitragen, dass sich Menschen ihr Recht auf Partizipation erstreiten.

C: Also wenn es mit CO gelingt, ähm, den Gedanken einer wirklichen Basisdemokratie, die in den Köpfen der Leute zu verankern, könnte es für unsere Gesellschaft viel bringen. Aber es müsste eine zu beobachtende Trägheit, erstmal überwunden werden. (Z. 69-72)

C: Aber die demokratischen Prozesse müssten dann auch so gestaltet sein, äh, dass durch die Teilnahme eine Chance besteht Veränderungen herbeizuführen und nicht nur irgendwelche Politiker zu beklatschen oder zu unterstützen. (Z. 76-79)

Schwierigkeiten auf dem Weg zu einem veränderten Demokratieverständnis sieht C. sowohl in der von ihm wahrgenommenen Apathie der Mitmenschen als auch in der Mentalität der Deut-

schen. Hier bemerkt C. noch ungelöste Herausforderungen, die dem CO begegnen. Als Unterschiede zwischen der amerikanischen und der deutschen Mentalität benennt C. die fehlende Spontaneität und die Notwendigkeit von festen Rahmenbedingungen, klaren Bestimmungen und Gesetzen, welche die deutsche Bevölkerung benötigt.

C: [...] dass wir noch dabei sind dass ein bisschen in deutsche Mentalität umzusetzen, äh [...] bedeutet womöglich etwas von Spontaneität zurückzunehmen und in erkennbare Strukturen oder Gleise zu bringen. (Z.84-87)

C: [...] das hat Lenin mal ganz gut beschrieben, Lenin hat gesagt: „Die Deutschen würden ehe sie einen Bahnhof stürmen sich erst eine Bahnsteigkarte kaufen“ und äh in Amerika denke ich würde man wenn geballte Volkswut vorhanden ist einfach den Bahnhof stürmen ohne danach zu fragen, ob sich das noch mit den Gesetzen des Landes versöhnen lässt. (Z.92-96)

Im Gespräch wird deutlich, dass Person C. CO vor allem als Möglichkeit für die Menschen begreift, sich für ihre Belange stark zu machen und sich zu einer starken Bürgermacht zu verbinden. Dabei geht es ihm um das Erzielen von Veränderungen mit und im Sinne der BewohnerInnen eines Stadtteiles. Mit dem Ansatz verbindet C. einen Prozess, der zu einer gelebten Demokratie führen kann, wenn die BürgerInnen es schaffen, ihre „Trägheit“ zu überwinden. Dabei nimmt er in seinem Projekt wahr, dass einige wenige Menschen sich vielseitig engagieren und viele sich nicht beteiligen. C. wünscht sich mehr Mut unter den Menschen und möchte mit CO aufzeigen, dass Engagement und das Eintreten für seine Interessen lohnenswert ist und zu einem Erfolg führen kann, wenn Menschen sich zusammenschließen und solidarisch sind.

6.3 INTERVIEW 3

Den Zugang zum Projekt erlangte Person D. ebenfalls über eine Veranstaltung in einer Kirchengemeinde des Projektgebietes. Dabei hat D. den Weg zu einer Nachbarkirchengemeinde in Kauf genommen, da die Beschreibung des Ansatzes sie neugierig gemacht hatte.

D: Über Vorstellungsrunden in der Kirchengemeinde. Erstmal war's ne Informationsveranstaltung von (Name der eigenen Kirchengemeinde). (Z. 116f)

D: [...] und da konnt ich aber nicht, da hab ich mich geärgert, weil's so interessant klang so Bürgerprojekt irgendwie und äh dann ist nochmal zufällig in der Gemeinde, wo ich gar nicht bin, (Name der Kirchengemeinde), wo ich regional dazugehören würde, dem Gemeindebrief und da stand das auch drin, ach das is ja schön zu dem Termin kannste. (Z.119-223)

Durch die Arbeit in dem Projekt wollte D. den Stadtteil aus einer neuen Perspektive, außerhalb der Kirchengemeinde kennenlernen. Eventuell auch um über eine größere Anbindung zum Stadtteil, sich mit dem eigenen Lebensumfeld besser identifizieren zu können. Über das Projekt

sieht sie die Möglichkeiten, Beziehungen zu Menschen ihrer Nachbarschaft herzustellen, indem sie ihre eigenen freien Zeitkapazitäten und Talente auch zum Wohle anderer einsetzt.

D: So ich dachte wenn so ein Projekt ist ähm, die in meinem Alter haben normalerweise Familie und nicht soviel Zeit und da kann ich doch mit meiner Zeit, ich kann ja verkürzt arbeiten, das mach ich ja auch ich arbeite nicht ganz voll, ähm noch was anderes tun. Also dieses sich irgendwo sinnvoll einbringen und dann natürlich och mal andere Leute kennenlernen, och mal ein anderes Netzwerk och aufzubauen. (Z. 157-162)

D: Und da hab ich mir so überlegt, da gibt's was zu organisieren und ich bin so ein Organisationstyp, ähm weniger so Kommunikationstyp aber so vom organisieren und strukturieren Mensch da dachte ich da kann ich mich vielleicht irgendwie einbringen, sowas liegt mir auch. Und ... ja, also och nochmal ne andere Verankerung im Stadtteil und och ne andere Beziehung zum Stadtteil. Ich bin jetzt seit fünf Jahren hier, ähm, die Beziehung die ich hier hab, sind in der Regel über die Kirchengemeinde. (Z.164-170)

Ein klares Ziel, welches D. als Bewohnerin über das Projekt zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes umsetzen will, ist in diesen Aussagen nicht erkennbar. Es geht ihr sozusagen eher um ein Miteinander und weniger um den Ansatz oder ein definiertes Ziel. Dies lässt vermuten, dass sie mit ihrem Lebensumfeld zufrieden ist und es aus ihrem Empfinden heraus keiner Veränderung bedarf. Gleichzeitig kann eine Abgrenzung zur Umgebung aufgrund einer mangelnden Identifikation und Anbindung bestehen, ebenso bestanden vor dem Projekt eventuell keine Wünsche bzw. Visionen wegen der, unter Umständen fehlenden akzeptierbaren und erkennbaren Umsetzungsmöglichkeiten. Der Netzwerkgedanke wird bei der Frage was CO eigentlich ist, ebenfalls deutlich.

D: Ähm, ich denke schon, äh, ein Netzwerk von Engagierten aus dem Stadtteil, die an 'ner Problemlösung interessiert sind und dann dieses () was bedeutet Macht, nich, Macht kann ich halt über Geld bekommen oder nicht oder halt viele Leute die ein ziel verfolgen und äh, dass ist ja die Strategien dann, dass man sagt viele Leute zu mobilisieren, ihre eigenen Probleme zum Einen zu benennen [...] und dass nicht anonym sondern in 'nem Gespräch wo ich auf sie zugehe und dann zu gucken was an Priorität oder was sich durchsetzt und die Leute dann an der Lösung selber mitwirken. Ja. (Z.300-309)

CO ist für sie ein Ansatz, welcher darauf abzielt, dass Menschen sich, auf gleicher Augenhöhe, begegnen. Der Ansatz befähigt sie, sich für ihre eigenen Interessen solidarisch einzusetzen und zeigt strategische Lösungen für ihre Probleme auf. Dabei ordnet D. den Ansatz als niedrigschwellig ein, da es im Gegensatz zu Vereinen keinerlei starre Strukturen wie Satzungen etc. gibt.

D: Bürgerverein, Vereinsstrukturen, dass ist ja vorgegeben nich und die ganze Struktur die da sein muss, äh, ich muss das anmelden, ich muss meine Satzung machen, Rechenschaft, Vorstand und das ist Community Organizing ein viel niederschwelligeres Angebot, nich, da kann ich einsteigen und aussteigen und nah und fern bleiben diesem ganzen Prozess, ich kann auch nur einmal erscheinen wenn's wichtig ist. Ich denke dass ist auch ganz wichtig für uns fürs Selbstverständnis, dass wir uns das auch bewusst machen, es ist ok wenn einer nur zu dieser großen Versammlung kommt und ansonsten sagt ich hab keine Zeit. (Z: 322-330)

Einen großen Vorteil erkennt D. darin, dass autark umgesetzte Lösungen bei den Menschen zu einer höheren Akzeptanz führen und eine erfolgreiche Umsetzung das Selbstvertrauen steigert. Der Prozess liegt in der Hand der Beteiligten, unabhängig von institutionellen Rahmenbedingungen oder Richtlinien. Auffällig ist, dass sich D. mit ihren Worten vom Prozess und den Menschen, die sich an so einem Prozess beteiligen, distanziert. Sie verwendet häufig das Wort „die“, anstelle des doch zu erwartenden Pronomen „wir“, was eventuell für eine geringe Identifikation mit dem Projekt stehen kann oder für eine Definierung des eigenen, angestrebten Projektes, welches nicht dem CO entspricht.

D: [...] ja ich denke, wenn eine Problemlösung von den Leuten selber ausgeht dann ist natürlich die Befriedigung ähm höher. (Z. 341f)

D: Das ist schon und äh die steuern natürlich den Prozess selber, das ist ja was anderes als wenn ich jetzt ne Öffentlichkeitsbeteiligung bei irgendwelchen Verfahren hab. (Z. 348-350)

D: [...] und dieses ähm, das können aber auch Vereine, wenn man ein Problem hat und dieses gemeinsam löst das ist natürlich immer Gemeinschaftsbildend, nich und Dinge die man selber geschaffen hat äh für die wird man auch ganz anders sorgen, als wenn man die halt so kostenlos hingesetzt bekommt und sagt dass ham wir geschaffen, nich.[...]Ich denke, das Selbstbewusstsein stärkt das schon, wenn man das den schafft. (Z.354-361)

Ein Unterschied zur Vorgehensweise der Vereine und damit das eventuell Besondere an CO werden in diesen Aussagen über die Vorteile nicht deutlich. Im Gegensatz dazu stellt D. die Ähnlichkeit des gemeinschaftlichen Arbeitens und die sich daraus bildende Gemeinschaft heraus. Hier wird der zu Beginn gelegte Fokus auf ein Miteinander wieder deutlich. Ein Grund, warum sie sich für einen CO-Prozess entschieden hatte, könnte sein, dass ihr der Zugang zum Bürgerverein fehlte. Sie erwähnte in ihren Aussagen, dass der Bezug zum Stadtteil ausschließlich über die Kirchgemeinde erfolgte. Die Kirchgemeinde war auch der Mittler zum Projekt. Wenn eine offensive Vermittlung zu einem Bürgerverein bestanden hätte, bestand durchaus die Möglichkeit, dass sie ihre Kompetenzen dort eingebracht und sich mit den stark institutionalisierten Bedingungen arrangiert hätte. Die Attraktivität von CO war für D. sicherlich durch den Neubeginn des Projektes gegeben und der damit verbundenen Möglichkeit, vieles mitzubestimmen und in eine noch offene Gemeinschaft einzutreten, anstelle sich in einem Bürgerverein in das Bestehende einzufügen. Gleichzeitig schätzt D. den offenen strukturellen und sich entwickelnden Charakter des Prozesses, welcher auch mit Schwierigkeiten verbunden ist.

D: Na ja dieses offene, nich, da könn viele ja nich damit umgehen. Also ich hab kein Problem damit zu sagen, ich weiß nicht was rauskommt und ich weiß auch nicht welches Thema es werden soll oder ob das mein Thema wird, aber das ist mir ziemlich egal, das interessiert mich gar nicht so sehr. (Z. 389-392)

D: Andere verunsichert das, die wollen das konkret, Handfestes und äh lassen sich da schwieriger ein und äh das sieht man erst in dem Moment wenn's drum geht jetzt die abzuholen. Die kriegt man für dieses offenen Prozess, da ham die nicht die Ausdauer dafür, das halten die irgendwie nich aus. Wann geht's den nun endlich los, was is es den nun und och bei der Befragung, welches Projekt welches Problem is es den jetzt, na

ja das wiss mer noch nich und dann sind die so hä. Das das ne Strategie ist und nicht ein definiertes Problem was gelöst werden soll ähm das ist halt natürlich Vermittlungsproblem. Ich weiß nicht ob das mit der Mentalität irgendwie zusammenhängt, ähm es ist ja meistens so man kriegt konkrete Sachen vorgesetzt als zu sagen wie horchen mal und gucken mal, mal sehen was passiert. (Z. 394-404)

D: Das is natürlich ein echtes Problem. Ähm das man nicht so festgenagelt werden kann. Dann wirklich diese Unsicherheit auszuhalten und als Chance zu begreifen und nicht als Defizit zu sehen. Ähm das is natürlich ein Problem, ich hab das persönlich nicht aber äh das wird immer wieder artikuliert. (Z.407-410)

Bei der Thematik des am Anfang des Prozess noch nicht zu benennenden Zieles, welches erst bearbeitet wird, distanziert sie sich sehr stark von „den Anderen“. Sie sieht sich in der Rolle der Aktiven, welche diesen offenen Prozess befürwortet und mit trägt, wobei sie sich bemüht, andere zu überzeugen, dass dieser Zustand gewollt ist und doch für sie und die anderen nicht zum Problem werden sollte. Ihr ist das zu behandelnde Thema zweitrangig, da ihre Zielstellung im Projekt die Gemeinschaft und ein alternativer Zugang zum Stadtgebiet neben der Kirchengemeinde ist. Diese Ziele sind mit dem stetigen Prozessverlauf gegeben. Dieses Nichtaushalten eines „fehlenden“ Zieles setzt sie mit der Mentalität der Menschen, welche konkrete Vorgaben bräuchten, in Zusammenhang: Diese Vorgaben und Strukturen, die laut D. in der Mentalität liegen, werden gleichsam bei ihrer eigenen Forderung nach einem Organizer im Projekt deutlich.

D: Ja, also für unsern Prozess denk ich sehr ungünstig das halt wirklich ein Organizer fehlt. Einmal für das Organisatorische, das hat halt relativ hohe Reibungsverluste und äh was ich denke, ich mein die Leute identifizieren natürlich auch viel über Personen. (Z. 445-448)

D: Na gut ähm, na Organizing also organisieren, das Strukturelle fehlt mir halt. (Z.472)

D: [] So rein dieser Professionelle Außenblick, dieses Strukturelle zu sagen hier das Problem jenes Problem, wie ein Coach oder sowas, der löst nicht die Probleme, aber der hat verschiedene Bausteine in seinem Werkzeugkasten und sagt so, ihr könntet mal das probieren oder es bietet sich vielleicht an über jenes nachzudenken. (Z. 501-505)

In diesen Aussagen wird ihre Unsicherheit im Prozess offensichtlich und die Sorge vor einem Scheitern des Projektes. Jede Entscheidung die im Projekt getroffen wird, hängt von den nicht-professionellen Prozessbeteiligten ab, welche sich das komplette Vorgehen selbstständig erarbeiten. Dieses Erarbeiten hat zum Einen den Vorteil der Schaffung von Transparenz von Verfahren und politischen Entscheidungen und zum Anderen den des Kompetenzgewinnes durch das Lösen der bestehenden Herausforderungen auf dem Weg zur Umsetzung. Der Nachteil besteht möglicherweise darin, dass ein Scheitern im Projekt von den Beteiligten als ein persönliches Versagen eingestuft werden könnte. Gleichzeitig ist die Voraussetzung für das Arbeiten im Projekt ein reger Austausch- und Aushandlungsprozess zwischen den Beteiligten. Dies ist anstrengend und erfordert ein hohes Maß an Disziplin im Umgang miteinander und der Akzeptanz anderer, sowie Geduld und Ausdauer. Der Ruf nach einem Professionellen bedeutet zwar nicht zwangsweise die Abgabe der Entscheidungsgewalt an diese Person, doch häufig wird die eigene Entscheidung von der des Experten abhängig gemacht, im Glauben daran, dass ein Ex-

perte durch seine möglicherweise tieferen Kenntnisse und Erfahrungen auch die „besseren“ Entscheidungen trifft. Die Gefahr der Kommunikation auf einer hierarchischen Ebene besteht. Ebenso ist gegeben, dass ein Experte Aufgaben übernimmt, welche die BürgerInnen in der Lage sind selbstständig zu lösen. Das Selbstbewusstsein der Menschen wird trotz eines erreichten Zieles gemindert und sie fühlen sich ungeachtet des Erfolges, unabhängig von einer/m Professionellen nicht in der Lage, Veränderungen selbstständig zu erreichen. Was eindeutig für eine(n) Expertin(en) spricht, welcher Projektaufgaben übernimmt und koordiniert, ist die Verkürzung des Prozessverlaufes, da er/sie im Prozess hauptamtlich tätig ist. Das Dilemma besteht in der Finanzierung einer(s) Expertin(en), dadurch sind gewisse Anforderungen sowie Erwartungen an die Person verbunden, was eine Übernahme vieler Tätigkeiten impliziert. Das Problem besteht in der Balance zwischen der Rechtfertigung einer Finanzierung und dem Kompetenzgewinn der Beteiligten, die nur durch das eigene Handeln befähigt werden können. D. sieht die Rechtfertigung einer(s) Expertin(en) auch in der Unzulänglichkeit Einzelner, welche ihrer Ansicht nach nicht die Fähigkeit besitzen Entscheidungen für sich zu fällen und Einschätzungen ihrer Situation zu treffen.

D: [...] es wird bestimmte Bereiche auch geben, wo das Diktat och ne Rechtfertigung hat. Also wo man jetzt sagt, ne wir lassen uns jetzt nicht auf einen Prozess ein. (Z.70f)

*D: [...] äh wir können die zwar irgendwo einbinden, aber manche sind mit bestimmten Sachen och **überfordert** und wir versuchen in der ihren Interesse, das erfordert aber viel Einfühlungsvermögen, bestimmte Dinge einfach zu entscheiden, ne. Manche Sachen sind so komplex, gerade für weniger gebildete Schichten möglicherweise, wo ich einfach sage es ist einfach unklug für dich wenn das so ist und wir tragen dass als Gesellschaft mit, aber im positiven Sinn, also im Fürsorglichen, also im Übersorglichen, wie auch Eltern für ihre Kinder entscheiden [...] Genauso könn auch Erwachsenen denke ich überfordert sein und ich denke da ist es gut wenn's da jemanden gibt der wohlwollend und in der Fürsorge ohne den ähm Mitsprache zu nehmen, aber in dem Moment wenn 'se überfordert sind die auch zu entlasten und nicht immer zu sagen du musst dich äußern oder du musst dich wehren und sowas. Ich meine das ist auch ein Rechtsstaat, nur wenn ich mich wehre bei bestimmten Sachen, Behörden komm ich durch. (Z.74-88)*

Die Frage besteht darin, wie Fürsorge und Bevormundung zueinander stehen. Kann es Fürsorge im Sinne eines Anderen überhaupt geben? Vor allem dann, wenn die Person selbst nicht mit einbezogen wird? Fürsorge basiert auf dem eigenen und gesellschaftlichen Blickwinkel auf die Person und ist somit immer unzulänglich und die zweite Wahl im Vergleich zur aktiven Teilhabe. Der Weg der Teilhabe ist schwieriger, da erst einmal ein Zugang zum Menschen und eine Basis für eine gemeinsame Kommunikation gefunden werden muss.

Im Gespräch wurde klar, dass D. als Bewohnerin des Projektstadtteiles CO vorrangig als Chance begreift, neue Beziehungen zu Menschen ihres Umfeldes zu knüpfen und sich gleichzeitig stärken mit dem eigenen Stadtteil verbinden möchte. Ein Thema oder eine Problematik, welches es für sie am dringlichsten zu verändern gilt, steht dabei nicht im Vordergrund, weswegen sie dem offenen Prozessverlauf ohne Benennung eines klaren Aktionszieles gelassen und abwartend gegenübersteht. Schon vor dem Prozess war sie sich ihrer Kompetenz als Organisationstalent bewusst, so dass sie diese in das Projekt mit einbringen wollte. Ihrer Einschätzung nach ist

sie weniger ein Kommunikationstyp – inwieweit sich diese Fähigkeit im Verlauf des Projektes geändert hat formulierte sie nicht.

6.4 INTERVIEW 4

Gesprächspartner E. erhielt ebenfalls den Zugang über die Kirche zum Projekt. Das Interesse am Konzept bei der damaligen Vorstellung begründet er im Gespräch institutionsgebunden aus der Rolle eines in einem Bürgerverein Tätigen – was den damaligen Besuch wie einen Pflichttermin wirken lässt. Gleichzeitig wird aber auch der Fokus seiner Tätigkeit deutlich: Das Thema der Bürgerbeteiligung liegt ihm am Herzen, so dass er auf der Suche nach neuen und eventuell alternativen Zugängen Veranstaltungen besucht, damit er seinen Blickwinkel erweitern und sich intensiver mit der Problematik beschäftigen kann. Ebenso erhofft er sich Lösungsansätze für die Probleme des Bürgervereins, welcher von schwindenden Mitgliederzahlen, Stagnation der Beteiligung und des Engagements geprägt ist.

E: Ja, ich bin mitgegangen. Ich fand das von der Idee her erstmal nicht schlecht. Ja, dass hat mich erstmal angesprochen, weil wie gesagt als Vertreter eines Bürgervereins, der auch für Bürgerbeteiligung ist, war das ja eigentlich für mich schon interessant. (Z.14-17)

Dass CO von seinem Ansinnen nichts Neues ist, sondern wie ein Bürgerverein ebenso Bürgerbeteiligung fokussiert, stellt er im Laufe des Gespräches immer wieder heraus. CO versteht er dabei als einen lokal wirkenden Ansatz, welcher BewohnerInnen themenbezogen verbindet und begleitet, ihre Wünsche oder Probleme umzusetzen. Eine Differenzierung zwischen Bürgerverein und dem amerikanischen Ansatz ist nicht erkennbar.

A: Haben Sie eine Vorstellung was Community Organizing Projekt erreichen möchte?

E: Ja ich habe, das ist klar, man möchte das die Bürger sich einbringen mit Problemen die sie in ihrem Umfeld haben, das die sich da zusammenfinden und zusammenschließen und versuchen diese Sachen dann auch soweit zu bringen das 'se dann auch, äh, verändert werden, ne. Also mir () die Lebensbedingungen verändern, Verkehrsbedingungen. je nach dem, Ordnung es gibt ja da verschiedene Bereiche. (Z.18-25)

Bei der direkten Nachfrage nach Unterschieden zwischen der Arbeitsweise einer Bürgerinitiative und dem CO kommt er auf die Motivation der BürgerInnen zu sprechen. In einer Initiative steht eine Thematik im Vordergrund, zu welcher die Menschen aktiviert werden müssen. CO setzt bei den Menschen ohne eine vorausgehende Thematik an. Sie vertreten ihre Interessen, womit die Partizipation seiner Ansicht nach wahrscheinlicher ist. Damit impliziert er ein höheres Handeln der Menschen auf Grundlage eigener Bedürfnisse und thematisiert somit das Problem der Entsolidarisierung. Ebenso erkennt er den Kompetenzgewinn, wenn Menschen aktiv einen Prozess gestalten.

E: Den Vorteil, dass man erstmal vielleicht an die Bürger herantritt, das ist ja eine aktive Sache, dass man erstmal die Bürger motiviert, ne. (Z.78f)

E: Das ist ja im Gegensatz zur Bürgerinitiative, da gibt's immer ein bestimmtes Thema wo die Bürger sich s zusammenfinden wo der Druck am größten ist oder man muss die Leute erst entsprechend motivieren. Hier ist's ja so das Eigeninteresse, dass man sagt ich möchte dass sich was verändert und es ist ja wichtig dass die Leute ziemlich nah dran sind, dass es sie selber betrifft. Dann hat es auch ne stärkere Wirkung. (Z.81-86)

E: Und von der Seite ist es schon positiver, denn die Leute werden schon von Anfang an mit einbezogen und haben die entsprechenden Kenntnisse dann, ne. (Z.88f)

In der Funktion wird CO mit der Bürgerinitiative, im Sinne eines Ansprechpartners für die BewohnerInnen, verglichen, was es schwer macht für E., ein CO Projekt neben dem Bürgerverein im gleichen Stadtteil für besonders wertvoll zu erachten. Die Vermutung liegt nahe, dass E. die Entstehung dieses Projektes mit einer Geringschätzung seiner bisher geleisteten Arbeit in dem Stadtteil gleichsetzt und CO als Konkurrenz für seinen Verein begreift. Diesen Konkurrenzgedanken bringt er im späteren Gespräch nochmals selber ein und macht damit deutlich, dass es unter den Vereinsmitgliedern eine Diskussion zum Umgang mit dem Projekt gegeben hat.

*E: Ich denke erstmal, dass es ein guter Ansatz is, äh, es ist nur so was ich erlebt habe, dass äh es dort sag ich mal **wo nichts ist**, also wo keine Bürgerinitiative oder sonstige bisher war, natürlich noch sinnvoller ist, weil dort war bisher noch niemand der als Ansprechpartner da war und demzufolge hat das natürlich auch indem Grund halt, äh, ist das natürlich auch wirkungsvoller, ne. Sag ich mal so. (Z. 32-37)*

*E: Wir ham ja auch gesagt, dass wir das unterstützen, wir hätten ja auch sagen können das ist ne Konkurrenz und machen das nicht, [...] das ist aber nicht unser denken. Wir unterstützen alle, die auch irgend 'ner Form, sag mer mal, als Bürger aktiv werden, och Bürgerinitiativen unterstützen wir, wenn sie eben nur meistens für ne bestimmte Zeit und 'ne bestimmte Sache machen, ne. Aber das ist ja auch schon mal ein positiver Ansatz, wenn Bürger **aktiv werden** und das sollte man in jedem Falle immer unterstützen, ne. (Z.353-361)*

Der Fokus seiner Arbeit liegt auf der Aktivierung der BürgerInnen. Bei der Frage, wie E. die Vorteile und Schwierigkeiten eines CO-Prozesses einschätzt, setzt er bei den Erwartungen der BürgerInnen an und berichtet von seiner negativen Erfahrung aus der Vereinsarbeit. Wie auch in dem Verein, setzten auch die Menschen die sich Beteiligen in CO gewisse Erwartungen, welche laut E., an das Erzielen gewisser Ergebnisse gekoppelt sind. D.h. werden im Laufe der Zeit keine Ergebnisse sichtbar oder absehbar, steigen die Leute aus dem Prozess enttäuscht aus, egal welches Label diesem Prozess anhaftet. Mit dieser Aussage hat E. sicherlich recht, viele Menschen brauchen Erfolge zur Motivation. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Definition des Wortes Erfolg für sich zu überprüfen. Die Umsetzung von Projektzielen nehmen alle als Erfolg wahr – es ist der Erfolg einer Gruppe. Im Laufe des Prozesses gibt es aber auch persönliche Erfolge, wie z.B. durch das Erkennen neuer Stärken oder den Gewinn neuer Bekanntschaften.

E: Also Vorteile, sagen wir mal so sowie Vorteile und Schwierigkeiten, weil das Problem ist natürlich man setzt dort in das Ganze och eine ziemlich hohe Erwartung rein, das irgendwas passiert, wenn das äh wenn das nicht ist der Fall dann ist die ganze Sache

auch zum Scheitern verurteilt. Man möchte ja nicht nur das die Leute sich beteiligen, sondern das was passiert daraus, das dann auch aus dem Prozess ein Ergebnis kommt, ne, dann ist das ganze Ding sonst nicht von Vorteil, weil das Problem ist hier ja, das wir beispielsweise als Bürgervereine leider diese Erfahrung gemacht haben, dass wir Bürger aktiviert haben an Bürgerforen teilzunehmen, wo sie ihre Meinungen, ihre Interessen kund taten und dachte sie können sich da einbringen und dann wurde aber nichts weiter daraus gemacht. (Z.43-53)

Aus der Frustrationserfahrung der Menschen wird deutlich, dass das bloße Äußern von Veränderungswünschen nicht zwingend zu Veränderungen führt. Es spiegelt sich die Erwartungshaltung der Menschen wieder, andere sollen etwas für meine Wünsche tun, es ist ausreichend wenn ich meine Bedürfnisse äußere. Die Verantwortung wird an den Staat übertragen. Dies ist für E. ein wesentlicher Punkt. Menschen müssen dazu befähigt werden, unabhängig von Institutionen ihre Interessen durchzusetzen, ohne darauf zu hoffen, dass irgendjemand ihre Wünsche erfüllt oder Probleme löst. Dazu benötigt es die Einsicht, dass es ohne Aktivitäten keine Veränderungen im eigenen Sinne gibt.

E: Also das heißt es scheiterte dann an vielen Sachen, entweder die Stadt hat's nicht aufgegriffen, es scheiterte dann am Geld, je nach dem. Und das ist natürlich die Gefahr dabei, dass man Leute begeistert für eine Sache, die das dann auch wollen und das dann zum Schluss keine Umsetzung erfolgt und was natürlich auch ein ganz schwieriger Faktor ist, ist der Zeitfaktor, ne, je länger das dauert umso mehr gibt es dann Leute die dann, sag mer mal, nicht sehr bereit sind da mitzumachen weil's den einfach zu lange dauert und nichts passiert. (Z. 55-62)

Bei der im Moment gängigen Praxis der Bürgerbeteiligung stehen die Menschen den Entscheidungen der PolitikerInnen und dem Argument des Geldmangels ohnmächtig gegenüber, was sie resignieren lässt. Gleichzeitig sind sie sich ihrer eigenen Stärke und ihrem Recht auf Partizipation nicht bewusst und finden für sich keine Wege des Ausdruckes. Ebenso lässt sich fragen, inwieweit die umzusetzenden Themen, an welchen E. arbeitete, wirklich Themen einer großen Anzahl von BürgerInnen waren. Vielleicht hat die mangelnde Motivation und daraus folgend die geringe Ausdauer, welche zum Scheitern führte, den Ursprung im Desinteresse am Thema.

A: Also wäre es jetzt, wenn ich das richtig verstanden habe, schon erstmal wichtig ein konkretes Ziel umzusetzen um die Leute zu motivieren und zu binden weiterzumachen. (Z. 63-65)

E: Ja, man darf also nicht die Ziele zu hoch stecken und äh Sachen machen die nicht realisierbar sind, dann vielleicht der Stadtrat, der gesamte Stadtrat zustimmen muss von der Stadt, wo man also kaum ne Chance hat, das so schnell durchzuziehen und wo natürlich uch noch vielleicht ein Haushaltsplan entsprechend mit eingestellt werden muss im laufenden Jahr, das die Mittel dann auch kommen und wenn das natürlich ist, dann wird es ganz schwierig das auch umzusetzen und dauert über Jahre und dann verlieren natürlich die meisten die positive Haltung dazu, weil sie sagen ja wir machen das schon Jahre und es passiert nichts, wir werden wieder getröstet und so weiter und das denke ich wird die ganze Sache ziemlich demotivieren. (Z.66-75)

Bei der Umsetzung und der Realisierung von Veränderungen macht E. immer wieder die Macht der Institutionen und deren Hürden deutlich. Damit stellt er die Abhängigkeit des Erfolges bür-

gerlichen Begehrens von den staatlichen Institutionen als fast unüberwindbar dar, ohne den Einfluss der BürgerInnen zu erwähnen. Dieses institutionalisierte Denken ist sicherlich seiner langjährigen Erfahrung in der Vereinsarbeit geschuldet und ist eventuell gleichzeitig ein Indiz für das zu geringe Erfolgserleben in den letzten Jahren. Grundlage für sein Engagement ist der Wunsch, seine Umwelt aktiv mitzugestalten und mitzubestimmen. Dies spricht für eigene Visionen, Vorstellungen und den Wunsch nach deren Verwirklichung.

E: Der Grund war einfach das ich mich einbringen wollte und nicht alles was um mich passiert in meinem Umfeld das ich das hinnehmen wollte, ich wollte mich da einbringen, ich wollte selber ein Stück an Veränderung teilhaben und mitwirken und das insbesondere hier im Stadtteil, wo ich also selber och am besten mitreden kann, weil die gesamte Stadt das ist schwieriger, versuch ich mich natürlich auch einzubringen, aber kann dies natürlich nicht in dem Maße wie im eigenen Umfeld, wo's mich sehr unmittelbar betrifft. (Z.95-101)

Eine Möglichkeit sich einzumischen stellt nach Ansicht von E. auch CO dar, wobei er für eine eher zielgerichtete Arbeit argumentiert als auf einen sich stetig entwickelnden und offenen Prozess. Dabei benötigt CO, aus seiner Perspektive, nicht nur feste Strukturen, in Form von konstanten AnsprechpartnerInnen, sondern auch kleine schnell erreichbare Ziele, welche es umzusetzen gilt.

E: Und das mein ich ist auch der Punkt, sag ich mal, Community sollte hier wirklich mit kleinen Brötchen backen, um ´nen bestimmten Vertrauensvorschuss aufzubauen, dass man denen nicht sagt ok wir fassen Dinge an die realisierbar sind, die also nicht etwas zehn Jahre dauern eh sie dann vielleicht auch realisierbar sind, sondern die kürzere Fristen ham, wo der Bürger sag ich mal spätestens in einem Jahr gemerkt hat, dass was er da eingebracht hat, hat was gebracht. Das ist umgesetzt wurden. (Z.321-327)

*E: Und das was ihr immer unterschätzt und sagt, wir wollen ja nicht hier irgendwelche Machtkonstellationen. Es geht ja nicht um Macht, es geht um Ansprechpartner. **Ne Struktur**, die muss wirklich da sein, das habe ich immer wieder gesehen. Ohne feste Strukturen, die dann auch dauerhaft bestehen gibt's nix zu machen. (Z.405-409)*

E: Und das ist eine Person, wenn man sowas hat, eine Person die ne Ausstrahlung hat, die die Leute mitreißen kann, motivieren kann, da hat man schon viel gewonnen. (Z.429-431)

Im Gespräch wird deutlich, dass E. aus der Perspektive eines im Bürgerverein Aktiven, auf das CO Projekt blickt. Mit dem Ansatz des CO hat er sich auf der Suche nach einer idealen Form der Bürgerbeteiligung beschäftigt. Massive Unterschiede zwischen den Ansätzen macht er allerdings nicht, eher ist ein Konkurrenzdenken zur eigenen Arbeit erkennbar. CO begreift er eher als einen Arbeitsansatz, mit guter BürgerInnenanbindung, welcher aufgrund der offenen, nicht zwingend feststehenden Strukturen und fehlenden „Führungspersönlichkeit“ eher für kleine Projekte geeignet ist. Weiterhin werden im Gespräch die Erfahrungswerte seiner Arbeit deutlich: Er spricht von Entsolidarisierung und einem fehlenden Umgang mit Demokratie. Gleichzeitig ist er der Überzeugung, dass Partizipation notwendig ist. Diese Partizipation aber sollte, durch Politik bestimmt werden und durch diese aktiv eingefordert werden. Er spricht seine

Argumentation vor allem aus Sicht eines Bürgers aus, indem er seinen Wunsch auf Mitwirkung formuliert.

6.5 FAZIT DER INTERVIEWS

Alle Interviewten sind oder waren in einem CO-Projekt in Deutschland aktiv, was sie als InterviewpartnerInnen für die vorliegende Arbeit prädestinierte. In den Gesprächen wurden so die Chancen und Hindernisse eines CO-Prozesses aus Sicht der Beteiligten deutlich. Die Interviews zeigen auf, dass sich jeder der Interviewten mit CO auseinandergesetzt hat, wobei jede/r ein eigenes Verständnis entwickelte. Alle nehmen den Ansatz als eine Form der Bürgerbeteiligung war, welche durch die Vernetzung vieler BewohnerInnen Macht aufbaut, um solidarisch Interessen durchzusetzen und zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Lebenswelt beizutragen. Drei der Interviewten (B.; C.; E.) haben zusätzlich Erfahrungen auf dem Gebiet des ehrenamtlichen Engagements. Sie kommen aus den Bereichen des Bürgervereins, der Politik und der Gewerkschaftlichen Vertretung. Diese Bereiche sind Formen der Bürgerbeteiligung, womit der Themenschwerpunkt im ehrenamtlichen Engagement der Menschen erkennbar ist, welcher durch das CO-Projekt fortgeführt wird. Gleichzeitig belegen alle Interviewten die Erkenntnis aus der Engagementforschung, in mehreren Projekten gleichzeitig aktiv zu sein. Dies ermöglicht ihnen einen umfassenderen, vergleichenden Blick auf die Vor- und Nachteile des CO-Ansatzes. Dabei wird deutlich, dass sie die Motivation der BürgerInnen und somit die Partizipation an einem CO-Projekt, aufgrund des „Zuhörprozess“, als hoch einschätzen. Dieser stellt, ihrer Ansicht nach, eine Verbindung zwischen den BewohnerInneninteressen und der Mitwirkung an Veränderungswünschen dar. Dementgegen steht ihrer Meinung nach die voranschreitende Entsolidarisierung der Menschen. In einem offenen, basisdemokratischen Prozess, dem kein Ziel voransteht, werden diese Ziele wie auch die Handlungsoptionen ausgehandelt. Die Schwierigkeit sehen die Befragten darin, die Menschen zu motivieren solidarisch aktiv zu sein. Gleichzeitig sehen alle Befragten in dem offenen Prozess Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten bestehen nicht nur darin, Anderen zu erklären, was ein Projekt ohne ein vorher definiertes Ziel erreichen will, sondern auch darin, dass diese Offenheit ohne festen „Rahmen“ und ohne vorgeschriebenes Handlungsmuster nicht der Mentalität der Deutschen entspricht. In den Gesprächen kristallisierten sich auch die eigenen Unsicherheiten im Prozess heraus, womit deutlich wird, dass hier die Beteiligten noch mehr Unterstützung benötigen, um diese Spannung auszuhalten. Diese Unsicherheit drückt sich häufig mit dem Wunsch nach Struktur und nach einer/m OrganizerIn aus. Dies zeigt auf, dass ein/e OrganizerIn gerade in der Anfangsphase eines Projektes notwendig ist.

In dieser Arbeit werden die Befragten als ExpertInnen des CO gesehen. Für diese Sicht fehlt es den Befragten an dem nötigen Selbstbewusstsein, was möglicherweise auf den noch nicht vollständig durchlaufen Prozess zurückgeführt werden kann. Ungeachtet dessen sehen die GesprächspartnerInnen in dem Prozess des CO Vorteile für die Beteiligten. Sie benennen den basisdemokratischen Ansatz, durch den die Beteiligten in einen Demokratieprozess einsteigen, in

welchem sie Partizipation leben. Die Beteiligten erfahren Vertrauen in ihre Fähigkeiten und haben, nach Ansicht der InterviewpartnerInnen, die Möglichkeit des Kompetenzerwerbes. Eigene dazu gewonnene Kompetenzen oder wahrnehmbare Veränderungen ihrer Fähigkeiten, brachten sie allerdings nicht zum Ausdruck, was sicherlich ihren langjährigen ehrenamtlichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Bürgerbeteiligung geschuldet ist. Auffallend ist der Zugang der InterviewpartnerInnen zum Projekt. Alle nahmen an einer, durch die Kirche initiierten Informationsveranstaltung teil. Die Frage der Projektmotivation ist aber nicht alleinig mit dem Gebot der Nächstenliebe erklärbar. Alle Befragten wählten die Mitarbeit an einem CO-Projekt aus bestimmten Gründen. Für eine der Befragten bietet der Ansatz einen Zugang zu ihrem Stadtteil und somit die Möglichkeit sich mit dem eigenen Lebensumfeld stärker zu identifizieren. Gleichzeitig bedient CO den Wunsch der Vernetzung zwischen BewohnerInnen, sodass die Anonymität im eigenen Stadtteil sinkt. Ebenso kann der Wunsch nach Vernetzung von Institutionen mit dem Ansatz des CO umgesetzt werden, um eine größere Gegenmacht gegen die bestehende Lobby aufzubauen. Andere Befragte waren auf der Suche nach einer neuen Form der Bürgerbeteiligung. Die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten bieten ihnen nicht die Möglichkeiten, welche sie sich wünschen und mit welchen sie ihren eigenen Gesellschaftsvisionen näher kommen. Für einen Teil der Befragten gibt CO in Form der Entinstitutionalisierung der bisherigen ehrenamtlichen Arbeit einen neuen Sinn.

Zusammenfassend lässt sich aus allen vier Interviews sagen, dass alle GesprächspartnerInnen sich über den amerikanischen Ansatz, über die Projektschulungen hinaus, Gedanken gemacht und ein eigenes Bild von CO und dem Charakter des Projektes entwickelt haben. In dem Prozess selbst, setzen sie sich nicht nur mit anderen Beteiligten, sondern auch mit sich selbst, ihren eigenen Wünschen und Kompetenzen auseinander. Durch die Arbeit miteinander, erfahren die Beteiligten Selbstvertrauen und soziale Kompetenzen. Gleichzeitig erkennen die Beteiligten durch das Handeln nach basis-demokratischen Prinzipien die demokratischen Prozesse in der Gesellschaft und entdecken die Möglichkeiten der Partizipation. CO bietet also die Möglichkeit im Prozess zu wachsen und mit anderen die Macht zur Veränderung aufzubauen. Die Frage, die bleibt, ist, inwieweit die Politik Partizipationswillen der Bevölkerung befördert oder hemmt und wie Menschen mit gescheiterten Prozessen umgehen.

7 ABSCHLIESSENDE WÜRDIGUNG DES THEMAS

Bei der Bearbeitung des Themas wurde deutlich, dass es eine Vielzahl von Auslegungsmöglichkeiten des Community Organizing Ansatzes gibt. Ungeachtet der Definitionen, verleiht CO den Menschen Einfluss, sich zu organisieren und ihre Interessen unabhängig wahrzunehmen. CO bietet somit eine Chance auf selbstbewusste, kompetente BürgerInnen in einer Gesellschaft der Bürgerbeteiligung.

Die Arbeit zeigt auf, dass CO ein erfolgreiches Instrument der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene darstellt und somit für die BürgerInnen einen Weg bietet, sich an der Demokratie zu beteiligen. Dabei verdeutlicht der CO-Prozess, welcher das Konzept des CO als praktische Demokratiewerkarbeit sichtbar macht, die Befähigung der BewohnerInnen zu BürgerInnen, sowie die mit dem Prozess selbst verbundenen Chancen und Hindernisse für die Teilnehmenden. Bürgerbeteiligung schafft wiederum Legitimation für politische Entscheidungen. In der BRD ist Partizipation, welches ein Gut der Demokratie ist, aufgrund des starken Verwaltungsanspruches des Staates nur begrenzt möglich. Dennoch ist das Thema, Bürgerbeteiligung und bürgerliches Engagement, wenn auch in einer unzureichenden Definitionsform, seit einigen Jahren immer stärker in Politik und Medien zu finden, so sprach Bundespräsident Wulff beispielsweise in seiner Weihnachtsansprache 2010 und sicherlich in Bezug auf das Europäische Jahr des Ehrenamtes 2011 folgende Worte:

„Unsere Gesellschaft lebt von denen, die sehen, wo sie gebraucht werden, die nicht dreimal überlegen, ob sie sich einsetzen und Verantwortung übernehmen. [] Der Staat kann im Rahmen seiner Möglichkeiten Menschen in Not finanziell unterstützen. Aber jemandem Mut zusprechen, jemandem auf die Schulter klopfen, jemandem die Hand reichen: Dafür braucht es Menschen, für die Menschlichkeit wichtig ist. Dafür braucht es Menschen wie sie [] Menschen, die sich im Verein engagieren, [] in einer Bürgerinitiative - und alle anderen wissen: Auf die ist immer Verlass.“⁵¹

Wulff beschreibt die Lage des Staates und drückt aus, dass der allumsorgende Sozialstaat nicht existent ist. Das die Menschen Verantwortung übernehmen müssen für alle Lebensbereiche und der Staat nur begrenzt finanzielle Unterstützung für „Menschen in Not“ gewährt. Damit übergibt er die Verantwortung an die Bevölkerung des Landes, auf Grundlage des staatlichen verordneten Altruismus, welche von Menschlichkeit geleitet, durch „Handauflegen“ das Elend lindern soll. Einen Weg hin zu einer partizipativen Demokratie ist in den Diskussionen nach Bürgerbeteiligung kaum zu finden, obwohl die bestehende Politik der repräsentativen Demokratie den in der Gesellschaft anhaltenden Wertewandel hin zum Individualismus, der abnehmenden Wahlbeteiligung, sowie der scheinbaren Politikverdrossenheit, ratlos gegenübersteht. Die verschiedenen Ansätze der Bürgerbeteiligung werden nicht genutzt.

⁵¹ <http://www.bundespraesident.de/rede-,2.670522/Weihnachtsansprache-von-Bundes.htm>

Community Organizing unterstützt die Menschen und gibt ihnen die Möglichkeit einem verantwortungslosen Staat, dessen Vertretern und der Politikerverdrossenheit auf lokaler Ebene gegenüberzutreten. Am Ende stellt sich die Frage, was für BürgerInnen wünscht sich unsere Gesellschaft und welche BürgerInnen wünscht sich ein „Aktivierender Sozialstaat“ oder sollte die Frage nicht besser anders gestellt werden, was für eine Gesellschaft und Staat wünschen sich die BürgerInnen und wie erreichen sie dies.

7 LITERATURVERZEICHNIS

7.1 PUBLIKATIONEN

Alinsky, Saul D. (1971): Rules for Radicals. A Pragmatic Primer for Realistic Radicals. Vintage Books: New York

Bauer, Rudolph / Szynka, Peter (2004): Wer war Saul D. Alinsky? In: Odierna, Simone; Berendt, Ulrike (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder. Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 7, S. 33-45, AH SPARK: Neu-Ulm

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011. S. 18-25

Cromwell, Paul (2009): Community Organizing Training. München

FOCO (Hg.) (o.J.): Forward to the roots. Bonn: Stiftung Mitarbeit

Herriger, Norbert (2010): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer

JGF e.V. (2010): Empowerment. Hochschule Mittweida. Roßwein

Mohrlok, Marion / Neubauer, Michaela / Neubauer, Rainer / Schönfelder, Walter (1993): Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich. München: AG SPAK

Nodes, Wilfried / Behrendt, Thomas (o.J.): CO in den USA – übertragbar auf Deutschland? Versuch einer ersten Auswertung und Kategorisierung. In: FOCO (Hg.). Forward to the roots ... Community Organizing in den USA – eine Perspektive für Deutschland?, S.11-19. Bonn: Stiftung Mitarbeit

Ross, Murray G.(1968): Gemeinwesenarbeit. Theorie. Prinzipien. Praxis. 3. Auflage. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag

7.2 INTERNETVERZEICHNIS

http://www.harvardsquarelibrary.org/unitarians/baldwin_r.html, verfügbar am 10.12.2010

<http://www.archive.org/details/communityorganiz00hartiala>, verfügbar am 10.12.2010

<http://www.naswfoundation.org/pioneers/l/lindeman.html>, verfügbar am 10.12.2010

Blank, Beate: „Das man mich nach meiner Meinung fragt, das bringt mir was!“ Die Interdependenz von Empowerment, Teilhabe und Ressourcenförderung. In: Wohnungslos 02/10. http://www.empowerment-consulting.de/artikel%20wohnungslos%202-10_blank, verfügbar am 10.12.2010

www.rothschuh.de/c_o.html, verfügbar am 23.12.2010

www.buergergesellschaft.de, verfügbar am 23.12.2010

www.fo-co.info/Selbstdarstellung.htm, verfügbar am 27.12.2010

<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16318.php>, verfügbar am 19.01.2011

<http://www.bundespraesident.de/rede-,2.670522/Weihnachtsansprache-von-Bundes.htm>, verfügbar am 19.01.2011

<http://blk-demokratie.de/uploads/pics/achtstufen.jpg>, verfügbar am 19.01.2010